1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 15 vom 12. April 1985 19. Jahrgang 1 DM

Ostermarsch '85

Hunderttausende auf den Straßen

Über 400000 Menschen beteiligten sich an den Märschen, Kundgebungen usw. beim Ostermarsch '85. Wieder einmal hat die Friedensbewegung also diejenigen, die sie in den letzten Wochen und Monaten totgesagt haben, Lügen gestraft.

Daß so viele kamen, liegt sicher auch daran, daß sich auch in diesem Jahr die Gewerkschaften relativ stark für die Ostermarsch-Aktivitäten engagiert haben. So sprachen auf den Kundgebungen nicht nur mehrere Vorsitzende von DGB-Landesverbänden, sondern auch Mitglieder von Gewerkschaftsvorständen wie z.B. Hans Janßen vom IGM-Vorstand.

Inhaltlich ging es vor allem um den Stopp und die Zurücknahme der Raketenstationierung, gegen die Weltraumrüstung und dabei besonders um die Forderung an die Bundesregierung, sich am Weltraumrüstungsprojekt nicht zu beteiligen. Großes Gewicht hatte auch die Forderung nach Senkung der Bonner Rüstungsausgaben und Beendigung des Sozialabbaus.

Jetzt gilt es — nach einer kurzen Erholungspause — dafür zu sorgen, daß Ronald Reagan und seinen imperialistischen Freunden beim Weltwirtschaftsgipfel im Mai ein gebührender Empfang bereitet wird!



200 Aktionen fanden über Ostern statt. Einer der größten Ostermärsche am Ostermontag war der gegen den US-Raketenstützpunkt Waldheide bei Heilbronn.

Herzschuß

Durch einen Schuß ins Herz tötete ein 22jähriger Polizist am Karfreitag einen Autofahrer in der Nähe von Göttingen. Der 25jährige Autofahrer hatte sich mit seinem Pkw überschlagen und war im Straßengraben gelandet. Ein anderer Verkehrsteilnehmer half ihm bei der Bergung und verständigte dann die Polizei, weil der Autofahrer nach seinem Eindruck angetrunken war.

Die Polizei nahm sofort mit mehreren Streifenwagen die Verfolgung des Mannes auf, der mit seinem beschädigten Wagen weitergefahren war. Der Autofahrer soll dann drei Straßensperren durchbrochen und sich schließlich nach 40 km in einer Hofeinfahrt festgefahren haben.

Einer der Polizisten lief mit schußbereiter Pistole auf den Wagen zu und ... Über das, was dann geschah, weiß man, wie üblich in diesen Fällen, nichts Genaues. Fest steht nur, daß der Polizist den Autofahrer durch einen Schuß ins Herz tötete. Die Polizeiversion über den Tathergang: der Polizist habe die Beifahrertür geöffnet und dabei habe sich „versehentlich" ein Schuß gelöst.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt wegen des Verdachts auf fahrlässige Tötung bzw. Körperverletzung mit Todesfolge. Man muß kein Prophet sein, um zu prophezeien, daß dem Polizisten nicht viel geschehen wird. Wegen „Tötung im Dienst" hat bei uns noch kein Polizist im Gefängnis gesessen ...

Washington und Bonn: Auf jeden Fall weiterrüsten

Die „Gorbatschow-Initiative" — ein Ausweg?

Am Ostermontag verkündete der Vorsitzende der KPdSU, Michail Gorbatschow, die Entscheidung, bis November dieses Jahres keine weiteren SS20-Mittelstreckenraketen zu stationieren. Also ein einseitiges Moratorium der UdSSR. Die ersten Reaktionen in Washington, Bonn und London machten sofort deutlich, daß bei der NATO keinerlei Bereitschaft für wirkliche Abrüstung besteht.

Regierungssprecher bzw. Vertreter der jeweils regierenden Parteien in den NATO-Hauptstädten eilten sich, zu erklären, daß ein Moratorium auch auf westlicher Seite gar nicht in Frage käme. Begründet wurde dies mit dem üblichen Argument: Dies wäre nur das Einfrieren sowjetischer Überlegenheit. Nach Washingtoner Propagandaformel — die in Bonn sofort übernommen wurde — beträgt diese angebliche Überlegenheit 10:1. Wollte man diesen Angaben, der hinter ihnen steckenden Logik folgen, müßte man erstaunt sein, daß bisher ein sowjetischer Angriff auf Westeuropa ausgeblieben ist.

Die sofortige Ablehnung jeglicher Maßnahmen auf Seiten der NATO macht — erst recht im Zusammenhang mit den Plänen in bezug auf Reagans SDI — erneut deutlich, worum es den Strategen des Imperialismus geht: Um die eigene Überlegenheit, um die Fähigkeit, einen Krieg führbar und gewinnbar zu machen.

Fortsetzung auf Seite 2



Nach dem Tarifdiktat

Weitere Streiks in Dänemark

Fast zwei Wochen, nachdem die konservative dänische Regierung per Dekret in den Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche und Lohnverbesserungen eingegriffen hat, kam es auch am Dienstag nach Ostern noch zu Streiks und Demonstrationen in Dänemark.

Mit der gesetzlichen Verordnung, einem Tarifdiktat, war auch ein Streikverbot verbunden. Das ist mittlerweile von den Arbeitern tausendfach gebrochen worden. Betriebsversammlungen in privaten Unternehmen und Bereichen des öffentlichen Dienstes beschlossen, nach den Feiertagen noch mindestens zum Mittwoch weiterzustreiken. Am Mittwoch sollen dann landesweit Demonstrationen und Kundgebungen mit generalstreikartigem Charakter durchgeführt werden.

Nach dem Streikverbot fuhren die dänischen Fähren teilweise nicht wieder, in der Hauptstadt Kopenhagen fuhren nur die Hälfte aller öffentlichen Busse. Seit über einer Woche befindet sich auch das Personal der städtischen Müllabfuhr und der Straßenreinigung im Streik.

Auch über die Ostertage wurden weiterhin Treibstofflager von Arbeitern blokkiert, so daß es zu großen Versorgungsschwierigkeiten mit Benzin kam. Auch die polizeiliche gewaltsame Räumung verschiedener Blockaden konnte die Versorgungslage noch nicht verbessern. Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen" ist das Tarifdiktat in Dänemark von den Arbeitern noch nicht hingenommen worden.

Nach zwei Giftunfällen von Lkws:

Weg von der Straße!

Nach den beiden Unfällen der letzten Woche, in die Lkws mit Ladung giftiger Chemikalien verwickelt waren, ist die Forderung, den Transport solcher Stoffe auf der Straße rundweg zu verbieten, so stark geworden, daß selbst zwei Bundesminister mindestens ansatzweise darauf eingeschwenkt sind — noch vor einem Vierteljahr waren sie strikt dagegen.

Sowohl Justizminister Engelhard als auch Verkehrsminister Dollinger kündigten „demnächst" Maßnahmen an.

Bereits zur Zeit der Diskussion, die das tragische Ereignis von Bophal hervorgerufen hatte, hatte es unter anderem auch das Thema Verlagerung des Transports auf die Schiene gegeben — damals von den Sprechern der Bundesregierung abgelehnt mit dem stereotypen Hinweis, daß hiesige Sicherheitsvorschriften ausreichend seien.

Eine solche Forderung war damals bereits von den Gewerkschaften ÖTV und GdED erhoben worden. Im Zusammenhang mit den Unglücken der letzten Woche wurde nun zweierlei deutlich: Erstens, daß die Chemiekonzerne offensichtlich auch direkt betrügen, was die Frachtpapiere angeht. Zweitens, daß die Konkurrenz der Spediteure dazu führt, daß immer abenteuerlichere Fahrten auch von sogenannten seriösen Firmen durchgeführt werden, auf Kosten der Fahrer und auch — und zunehmend — unter Gefährdung der Öffentlichkeit.

Die Ankündigungen der Regierungsvertreter sind aufgrund dieser bisherigen Entwicklung erst einmal nur als Nachgeben gegenüber öffentlichem Druck zu bewerten — konkrete Maßnahmen wurden bisher nicht genannt.

Sicher: Eine Verlagerung des Transports solcher Stoffe auf die Schiene stellt in einer ganzen Reihe von Fällen keine Lösung dar — aber, zumindst einen möglichen raschen Schritt zu mehr Sicherheit.

Die „Gorbatschow-Initiative" — ein Ausweg?

Fortsetzung von Seite 1

Die gigantischen Rüstungsprogramme der westlichen imperialistischen Staaten sollen also auf jeden Fall fortgeführt werden, unbeeindruckt vom ganzen „Rummel um Genf". So machen die NATO-Staaten, allen voran die USA, deutlich, daß sie die maximale Position, bei einem positiven Ergebnis solcher Verhandlungen, sein kann, etwas ähnliches zu erreichen, wie das, was in den 70er Jahren als Abrüstung gefeiert worden war. Was doch nichts anderes darstellte als etwas Kontrolle über die weitere Aufrüstung wie etwa in den SALT-Verträgen.

Während also die NATO-Hauptmächte deutlich machten und machen, daß sie weiter am Kurs der atomaren Aufrüstung (und natürlich auch der sogenannten konventionellen Aufrüstung) festhalten wollen, stellt sich die Frage, ob die Entscheidung, die Gorbatschow bekannt gab, etwas Neues darstellt, gar eine Maßnahme, auf die sich die Friedensbewegung der verschiedenen Länder stützen sollte?

Ein Moratorium bis November — da stellt sich doch zuerst die ganz einfache Frage, was das denn wohl bringen soll? An der gesamten Substanz der Sachlage ändert dieses Moratorium gar nichts. Befristete Moratorien waren in der gesamten bisherigen Geschichte stets wirkungslos, im wesentlichen immer ein taktischer Schachzug, sich selbst Vorteile zu verschaffen.

Betrachtet man sich die Ausführungen Gorbatschows zur Begründung dieses Vorgehens genauer, so wird denn auch rasch deutlich, daß dieser Beschluß keine Veränderung sowjetischer Politik bedeutet. Der Zusammenhang, in dem



Gorbatschow die Begründung vorbringt, ist eindeutig so, daß es eine „Einladung" zu gegenseitigen Maßnahmen darstellen soll, wenn die UdSSR für einige Zeit auf die Stationierung weiterer SS 20 verzichtet. Und nicht anders ist ja auch die Tatsache der Befristung des Moratoriums zu verstehen, auch wenn keine konkrete Einzelbedingung dafür genannt wurde.

Die Forderung nach einseitiger Abrüstung an die eigene Regierung zu stellen, dieser Weg zur Sicherung des Friedens, den ja keineswegs etwa nur unsere Partei vorschlägt, wird ja nicht umsonst oder aus irgendeinem Abgrenzungsfimmel vorgebracht. Diese Forderung so zu stellen, geht davon aus, daß dies der konkreteste Weg ist, auf dem eine Bewegung Entscheidungen beeinflussen oder gar erzwingen kann.

Diese Art des Herangehens wird von Gorbatschow weiterhin abgelehnt. Und nicht nur das: Die Initiative ist eine Fortsetzung der Reihe politischer Vorschläge der UdSSR, die allesamt auf der Basis der imperialistischen Abschreckungsdoktrin gemacht wurden und werden.

Wer aus dieser Initiative schlußfolgern will, daß es nun sozusagen an der Zeit sei, die UdSSR in Genf zu unterstützen, der beteiligt sich daran, die Friedensbewegung in eine Sackgasse zu führen. Das ist kein Plädoyer für eine Haltung, die einfach besagt, was die USA und die UdSSR machen, ist sowieso immer dasselbe. Es ist ein Plädoyer dafür, erstens die Substanz der Maßnahmen, die Gorbatschow angekündigt hat, zu betrachten — und die ist in der Tat im Endeffekt gleich Null. Und zweitens dafür, wieder einmal dafür, nicht nur auf bestimmte Waffen und ihre Zahlen zu starren, sondern die Politik der beteiligten Mächste insgesamt zu betrachten.

Für die politische Haltung in der Friedensfrage in der BRD, für den Kampf gegen den Aufrüstungskurs der Bundesregierung ist und bleibt es entscheidend, hier und jetzt Abrüstung zu fordern, vom Stationierungsstopp in der BRD über den Raketenabbau und so weiter bis hin zum NATO-Austritt. Für diese Stoßrichtung kann sich die Friedensbewegung nicht auf die Initiative Gorbatschows stützen, sonst macht sie sich zum Spielball politischer Mächte.

Klar ist, daß die UdSSR heute anbieten könnte, was sie wollte — aus den USA käme direkt kein positives Echo, sowenig wie aus Bonn. Klar muß aber auch sein, daß Gorbatschows Angebot nicht der Politik einer wirklichen Friedensmacht entspricht, als die sie, insbesondere von der DKP, in den Reihen der Friedensbewegung dargestellt wird — eine Darstellung, die durch das besonders aggressive Washingtoner Auftreten natürlich Nahrung bekommt. Dies wurde denn auch auf verschiedenen Ostermärschen nach Kräften propagiert.

Der Kampf für die einseitige Abrüstung im eigenen Land darf nicht für einen Kampf um Abkommen zwischen Regierungen geopfert werden. Auch dann nicht, wenn jetzt eine Seite sagt, sie biete Vorleistungen für ein solches Abkommen an. Es handelt sich, dies soll hier nochmals unterstrichen werden, dabei um Regierungen, die allesamt eine aggressive Politik betreiben, wenn auch unterschiedlich stark und, wie immer in der jüngsten Geschichte (auch in der letzten Vorkriegszeit) mit unterschiedlicher Offenheit und Deutlichkeit. Kein Grund also, die politische Stoßrichtung im Friedenskampf zu verändern, auch kein Grund, hierdurch eine neue Mobilisierungsfähigkeit zu erwarten.

Neue Armut bestätigt

Die Regierung und die Kleiderkammer des Roten Kreuzes ...

Als bloße Propagandaphrase versucht die Bundesregierung (wie einst andere bei der Arbeitslosigkeit) den Begriff von der „neuen Armut", die vor allem bei Langzeitarbeitslosen entsteht, in der Regel abzutun. Jetzt wird ihr von unerwarteter Seite Kritik zuteil.

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete zu Sayn-Wittgenstein ist Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Und in dieser Eigenschaft zog er in der letzten Bilanz — eine Bilanz, die ihm in seiner Fraktion durchaus Schwierigkeiten einbringen dürfte.

Im Gegensatz zur Sprachregelung seiner Partei unterstrich der Adlige nämlich, daß es tatsächlich neue Armut in der BRD gebe. Der Mann, der sicherlich keiner sozialistischen Neigungen verdächtig ist, eher im Gegenteil, mußte zu solch einer Bilanz kommen.

An der Kleiderkammer hat es das DRK gemerkt. Immer mehr, so Sayn-Wittgenstein, seien die Kleiderkammern des DRK in den letzten Jahren in Anspruch genommen worden — will heißen, immer mehr Menschen fragten um benutzte Kleidung für umsonst beim DRK nach. Immerhin: Er hat es nicht als wachsenden Sparwillen der Bevölkerung interpretiert, in dieser Partei auch schon was ...

Was Gewerkschaften und Sozialwissenschaftler schon seit längerer Zeit festgestellt haben, jetzt wird es also auch vom DRK bestätigt. In seiner Partei wird man darüber nicht froh sein, zumal der adlige Abgeordnete auch noch ausdrücklich betonte, dies sei ein Beweis für Armut, und Maßnahmen forderte.

Der Prozeß der Verarmung neuer Schichten ist in der Tat durch die systematischen gegenreformerischen Maßnahmen dieser Koalition wesentlich beschleunigt worden. Begonnen hat er allerdings, daran ist heute, da führende SPD-Sozialpolitiker auf den „Zug der Kritik" aufspringen, die Zumutbarkeitsregelungen, die noch von der Schmidt-Regierung gegen die Arbeitslosen verändert worden waren und anderen, ähnlich gelagerten Maßnahmen der vorherigen Regierung.

Rund 300 Millionen im Jahr

Lothar Späth und das Technologiegeschäft

Der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Lothar Späth, hat sich erst jüngst als kompromißloser Befürworter einer bundesdeutschen Beteiligung am Reaganschen „Star war"-Konzept profiliert (siehe dazu Artikel im RM 13/85) — was er diesbezüglich im eigenen „Ländle" unternimmt, macht ihn aber bereits zum ersten „Modernisierer" des westdeutschen Kapitalismus.

Niemand hat genaue Informationen darüber, wieviel Geld das Bundesland jährlich für die technologische Entwicklung der Unternehmen locker macht. Verschiedene Schätzungen belaufen sich im Durchschnitt auf rund 300 Millionen DM. Zusätzlich zu verschiedenen Förderungsprogrammen des Bundes und aus Steuergeldern, versteht sich. Allein deshalb also bereits ein gutes Geschäft.

Vor allem zwei organisatorische Neuerungen sind es aber, die der Entwicklung in Baden-Württemberg ihre Besonderheit aufdrücken. Das erste: Es gibt einen Technologiebeauftragten der Landesregierung, faktisch ein Technologiemeister, der einstimmig gewählt wurde — von Lothar Späth. Johann Löhn, so der Name von Späths Beauftragtem, hat Befugnisse, die durchaus denen eines Ministers gleichkommen, ohne jemand anderem als Späth verantwortlich zu sein. Der Ingenieur und Manager Löhn hat ein Netz von 600 Universitätswissenschaftler aufgebaut, die direkt für die Industrie arbeiten.

Die zweite Neuerung: Die landeszentral koordinierten Einrichtungen von Technologieberatungsstellen, zwölf an der Zahl, die für bestimmte Bereiche „moderner Technik" zuständig sind, die mit Informationen von eigens dafür gegründeten Universitätsinstituten versorgt werden. Sie stellen die Technoparks, die es in Baden-Württemberg wie inzwischen in allen Bundesländern gibt, in ihrer Wirksamkeit in den Schatten.

Weder von freiem Markt noch von freier Wissenschaft oder was ähnliche übliche Floskeln mehr sind, ist in Späths Modernisierungskonzept die Rede — nur von staatlichen Geldern und staatlichen Zuschüssen.



Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Teuerung steigt weiter

Kohls Paradepferd lahmt

Die jüngste Entwicklung — der ersten drei Monate dieses Jahres — haben Kohls Paradepferd zum „Lahmen" (besser: zum Traben) gebracht. Die Teuerungsrate steigt kontinuierlich an.

Noch bei den Debatten um den diesjährigen Haushalt nutzte die Regierungskoalition die Gunst der Stunde: Die sinkende Teuerungsrate sei, so behaupteten ihre Vertreter damals erstens dauerhaft und zweitens auch noch die „beste Sozialpolitik". Das zweite Argument wurde bereits damals mit den Tatsachen des ständigen Sozialabbaus widerlegt. Das erste Argument ist nun durch die Entwicklung widerlegt worden.

Seit Januar ist die Teuerungsrate ständig angestiegen — schon da hatte sie die 2-Prozent-Jahresmarke wieder erreicht, inzwischen liegt sie, selbst nach der beschönigenden offiziellen Berechnung mit dem frisierten Warenkorb bereits wieder bei 2,5 Prozent gegenüber dem März 84. Was die Entwicklung noch deutlicher macht: Es sind vor allem solche Waren, die beständig verteuert bleiben, die übermäßig im Preis angestiegen sind. Die saison- und ertragsabhängigen Preise bei Kartoffeln und anderen Grundnahrungsmitteln haben sich unter diesem Durchschnitt erhöht.

Neben den Heizkosten, die einen neuerlichen Sprung nach oben gemacht haben und wieder gerade die ärmeren Haushalte besonders belasten werden, sind es vor allem die Mieten, die zu diesem deutlichen Preisanstieg beigetragen haben.

Hatten die Parteien der Regierungskoalition noch kurz nach den neuen Mietgesetzen aus dem Ministerium Schneider behauptet, alle Kritiken, die stark steigende Mieten als Ergebnis jener Maßnahmen erwarten, seien falsch und durch die Wirklichkeit widerlegt, so erweist sich im Laufe der Zeit auch diese Regierungspropaganda als Lüge.

So sieht es mit der Teuerung in Wirklichkeit aus: Dort, wo die Regierung wirklich Einfluß auf ihre Gestaltung hat, dort tritt sie als Preistreiber zugunsten der Reichen.

Fünf mal lebenslänglich im Stammheimer RAF-Prozeß

Rache vor Recht

In Stuttgart-Stammheim, wo im „deutschen Herbst" 1977 Ulrike Meinhoff, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe geselbstmordet wurden, fällte der 5. Senat des OLG Stuttgart unter Vorsitz von Dr. Knospe jetzt ein ähnlich endgültiges Urteil: fünf mal lebenslänglich und noch einmal fünfzehn Jahre Haft für Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar. Das höchste Urteil in der bundesdeutschen Geschichte. Revision ist zulässig und wurde auch sofort eingelegt. Ihr wird aber von allen Rechtsexperten keinerlei Chance gegeben. Ähnlich negativ sind die Prognosen für ein Gnadengesuch nach fünfzehn Jahren. Sollten sich die politischen Verhältnisse nicht ändern, grundlegend ändern, lautet das Urteil gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar also genauso wie das Urteil gegen Adelheid Schulz und Christian Wagner in Düsseldorf: Haft bis zum Tode.

Vorgeworfen wurde den beiden Angeklagten in der Anklageschrift, die Bundesanwalt Zeis im Februar 1984 verlas, die Rädelsführerschaft in der RAF und die Beteiligung an den Morden an Buback, Ponto und Schleyer und der Raketenanschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe im August 1977. Christian Klar soll außerdem beim Grenzübertritt aus der Schweiz einen Polizisten angeschossen und schwer verletzt haben. Die Wahlverteidiger der beiden Angeklagten erklärten bereits zu Prozeßbeginn, daß das Urteil schon feststehe. Die Justiz in Gestalt des 5. Senats des OLG Stuttgart wollte Rache für den Tod von drei exponierten Figuren dieses kapitalistischen Staates. Und sie hat sie sich genommen. Fehlende Beweise spielten dafür keine Rolle. Rechtsstaatliche Prinzipien mußten sich dem höheren Prinzip der staatlichen Rache beugen.

Was für ein Spiel in Stammheim gespielt wurde, zeigte sich bereits ganz zu Anfang des Prozesses, als die Wahlverteidiger einen Befangenheitsantrag gegen vier der fünf Richter des Senats stellten. Diese vier Richter hatten nämlich bereits vorher in Urteilsbegründungen gegen andere RAF-Mitglieder schriftlich (!) geäußert, daß Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar Rädelsführer der RAF seien. Da die Rädelsführerschaft in der RAF aber einer der wesentlichen Anklagepunkte in diesem Prozeß war, forderten die Verteidiger, diese Richter wegen Befangenheit abzulehnen. Der Antrag wurde als „unbegründet" abgelehnt.

Bereits ganz zu Anfang des Prozesses war auch klar, daß es eine ordentliche Verteidigung in diesem Mammutprozeß nicht geben sollte. Der Prozeß begann am 1.2.84. Die Wahlverteidiger standen Mitte Dezember '83 fest. Und zwar nicht deshalb, weil niemand Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar verteidigen wollte, sondern weil es gar nicht so einfach war, als Verteidiger für diesen Prozeß zugelassen zu werden. Man durfe 1. nicht schon ein anderes RAF-Mitglied verteidigt oder in der Haft betreut haben und mußte 2. in einem bestimmten Umkreis („Kilometerbeschluß") des OLG Stuttgart wohnen. Als die Anwälte endlich — Mitte Dezember — gefunden waren, beantragten sie eine Aufschiebung des Prozeßbeginns, um vorher die ca. 200 Ordner mit Prozeßakten überhaupt lesen zu können. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Zum Ausgleich dafür bekamen sie dann überhaupt nur einen Bruchteil der Akten, die der Bundesanwaltschaft und dem Gericht vorlagen, zu Gesicht.

Sehr eingeschränkt war auch die Möglichkeit von Angeklagten und Anwälten, gemeinsam die Verteidigung durchzusprechen. Nicht nur wegen der in solchen Fällen üblichen „Sicherungsmaßnahmen" bei Besuchen (Durchsuchungen, Trennscheibe usw.), sondern vor allem deswegen, weil die — sowieso nur postalisch erlaubte — Übersendung von Schriftstücken im Verlauf des Prozesses immer mehr unterbunden wurde. Dazu der zuständige Kontrollrichter: „Der Bezug solcher Texte durch Untersuchungsgefangene, die im Verdacht der Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung stehen, kann dazu dienen, versteckte Nachrichten zu übermitteln oder dazu mißbraucht zu werden." Und: „Die Weiterleitung hat schon deshalb zu unterbleiben, weil nur unter großem Kosten- und Arbeitsaufwand die erforderliche Prüfung der Identität bis ins Detail zwischen Ablichtungsvorlage und Ablichtung vorgenommen werden kann." Praktische Konsequenz: Von ca. 50 Schriftstücken, die Rechtsanwalt Schubert im Juli '83 an seinen Mandanten Christian Klar schickte, kamen 10 bei ihm an. Der Rest wurde beschlagnahmt.

Diese und andere „Sonderbehandlungen" verhalfen dem Gericht aber trotzdem nicht zu den Beweisen, die es für seine Mordanklagen natürlich gerne gehabt hätte. Die einzige Möglichkeit, wenigstens einige Beweise „gerichtskundig" zu machen, wäre die Vorladung der Kronzeugen Speitel und Dellwo gewesen, der Leute also, die seinerzeit erklärt hatten, daß die Pistole, die 1977 in den Stammheimer Zellen gefunden worden war, von den Anwälten dort eingeschmuggelt worden war und auf deren Aussage sich auch die Anklage gegen Brigitte Mohnhaupt wegen Mordes an dem Bankier Ponto sowie die Anklage wegen Rädelsführerschaft stützte. Aber ein Antrag der Verteidigung (!) diese beiden Kronzeugen vorzuladen, wurde abgelehnt. Sie seien „unauffindbar", hieß es. Wozu anzumerken ist, daß beide als Gegenleistung für ihre belastenden Aussagen nicht nur milde Strafen zugesichert bekamen, sondern auch eine „neue Identität" und eine Starthilfe von 50000 DM bekamen. Für diejenigen, die ihnen diese „neue Identität" verschafften, müßten sie also auch auffindbar sein — wenn man sie hätte auffinden wollen!

Doch die fehlenden Beweise fochten das Gericht nicht an — genauso wenig wie sie die Bundesanwaltschaft bei ihrer Anklageerhebung angefochten hatten.

Das Gericht half sich aus der Klemme, indem es den Begriff der „Kollektivschuld" erfand. Danach hat Brigitte Mohnhaupt, wie das Gericht selbst feststellt, zwar mit dem Mord an Buback nichts zu tun, ist aber trotzdem wegen Mordes an Buback zu verurteilen, weil sie ihn als Rädelsführerin der RAF „mitgewollt" habe. Danach ist, wie das Gericht feststellt, Christian Klar zwar bei dem Anschlag auf den Bankier Ponto nicht persönlich dabei gewesen, aber trotzdem wegen Mordes an Ponto zu verurteilen, weil er an der „kollektiven Entscheidung" für diese Aktion mitgewirkt hat. Danach weiß das Gericht zwar nicht, wie es selbst zugibt, ob Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar bei der Schleyer-Entführung überhaupt dabei waren, aber es weiß, daß beide wegen Mordes an Schleyer und seinen vier Begleitern zu verurteilen sind, weil... Danach hat das Gericht zwar für keinen einzigen Mord, den es Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar anlastet, einen Beweis, aber daß es „im Namen des Volkes" das höchste Urteil in der bundesdeutschen Geschichte aussprechen mußt — das weiß es.





Menschenleben und Menschenleben

„Fünfmal lebenslänglich für Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar: Die höchsten Strafen, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte verhängt worden sind. Nichts anderes war angesichts der Blutspur zu erwarten, die die RAF unter Mitwirkung der beiden Angeklagten hinterließ."

So die sozialdemokratisch orientierte „Westfälische Rundschau" am 3.4.85 in einem Kommentar zum Urteil gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar.

Vielleicht war tatsächlich nichts anderes zu erwarten. Denn daß für diesen „freiheitlich-demokratischen" Staat, wie er sich selbst nennt, Blutspur nicht gleich Blutspur ist und Menschenleben nicht gleich Menschenleben, wußten wir ja bereits, als das Urteil gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar gesprochen wurde. Zum Beispiel: Am 1.2.85 im Bochumer Prozeß gegen den ehemaligen SS-Scharführer in Lodz, Helmut Georf Krizons, ging es um 24 Morde und 15000fache Beihilfe zum Mord. Das Urteil: drei Jahre Gefängnis. Der Verurteilte konnte nach der Urteilsverkündung nach Hause gehen. Weil keine Fluchtgefahr bestünde, sah das Gericht auch keinen Anlaß, einen Haftbefehl auszustellen. Vor dem Bochumer Prozeß gab es den Düsseldorfer Maidanek-Prozeß und viele andere. In allen diesen Prozessen ging es um zigtausendfachen Mord. In all diesen Prozessen verurteilten die Gerichte die Angeklagten — wenn überhaupt — zu wenigen Minuten Haft für den einzelnen getöteten Menschen.

Und heute, 40 Jahre nach dem Ende des Hitler-Faschismus, haben wir das höchste Urteil in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte eben nicht gegen einen der zahlreichen Massenmörder in den KZs, sondern gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die wegen neunfachen Mordes verurteilt wurden, obwohl das Gericht selbst erklärt, daß sie diese Morde gar nicht selbst begangen haben. Warum?

Etwa nicht darum, weil das Leben eines Schleyer, eines Ponto und eines Buback für diesen Staat tausend, zehntausend oder gar hunderttausend mal wertvoller ist als das Leben eines polnischen Juden oder eines deutschen Arbeiters?

Informationsveranstaltung der RHD Groß Gerau (Korrespondenz)

Am 22.3.1985 fand in dem Gasthof „Gambrinus" in Groß Gerau eine Informationsveranstaltung zu dem Thema „Haftbedingungen von politischen Gefangenen in bundesdeutschen Gefängnissen" der RHD/ Groß Gerau statt. Es erschienen ca. 20 Interessierte.

Als Auftakt wurde ein Videofilm zur Pressekonferenz von RAF-Rechtsanwälten in Karlsruhe gezeigt. Fragen zu den Haftbedingungen, dem letzten Hungerstreik, sowie zur Einschränkung von Verteidigerrechten usw., die dieser kurze Film (15 Min.) nicht klären konnte, wurden anschließend von der eingeladenen Rechtsanwältin W. Verleih (Rea. v. G. Dutzi) beantwortet. Die Fragen zu diesem Themenkomplex waren an diesem Abend reichlich. Nachdem sich die Veranstaltungsbesucher ausreichend informiert hatten, wurde zum Abschluß der für Groß Gerauer Verhältnisse gelungenen Veranstaltung ein 60minütiger schwedischer Videofilm mit dem Titel „Auf Leben und Tod" gezeigt. Dieser Film, der von „liberaler" Seite aus gedreht wurde, versuchte auf objektive Art und Weise die Entstehungsgeschichte der RAF und die damit anschließend verbundenen Hexenverfolgung seitens der Herrschenden in der BRD darzustellen.

Nach den Äußerungen der Besucher zu urteilen, hat das der Film gut hinbekommen. Beide erwähnten Filme sind bei der RHD-Groß Gerau zu erhalten. Die Veranstaltung wurde dann ca. um 22.30 Uhr beendet.

Zum Mai-Aufruf des DGB

Unsere Stärke?

„Unsere Stärke — die Solidarität" — unter dieses Motto hat der DGB seinen diesjährigen Mai-Aufruf gestellt. Er ist im Vergleich zu denen der vergangenen Jahre relativ lang geraten. Das hat sicher damit zu tun, daß die Gewerkschaftsbewegung heute an praktisch allen Fronten unter dem Druck der reaktionären Vorstöße von Kapital und Bonner Wenderegierung steht.

Zu Recht wendet der Mai-Aufruf des DGB sich schwerpunktmäßig gegen Massenarbeitslosigkeit und gegen die politischen Angriffe auf die Stellung der Gewerkschaften, die in Bonn zur Zeit vorbereitet werden. Ein Aufruf zum politischen Kampf gegen die Angriffe von Kapital und Regierung aber ist aus dem Mai-Aufruf nicht geworden. Gerade das wird peinlichst vermieden.

Da heißt es etwa im Aufruf: „Die Wirtschaftskrise wird zur dauerhaften Schwächung der Gewerkschaften mißbraucht." Oder: „Heute ist dieses Sozialstaatsprinzip mehrfach bedroht ...". Zu derartig verschwommenen Formulierungen kommt man, wenn man vom Klassenkampf nicht reden will.

Die Schwächung der Gewerkschaften, die Zerstörung ihrer Kampffähigkeit ist Teil der kapitalistischen Krisenlösungsstrategie. Das gleiche gilt für die Befreiung der staatlichen Haushalte vom „Sozialklimbim" zugunsten staatlicher Aufträge und steuerlicher Vergünstigungen für die Monopole. Eben deshalb wurde die Wende eingeleitet. „Mißbrauch" und „Bedrohung" sind eine falsche Formulierung, wo es um die politische Strategie des organisierten Unternehmertums und der politischen Reaktion geht.

Gegen Ende des Aufrufs heißt es: „Seit 1945 haben die Gewerkschaften in der Bundesrepublik viel erreicht. Heute müssen sie sich neuen Herausforderungen stellen." Worin liegen die neuen Herausforderungen vor allem? Sie liegen vor allem darin, daß die Gewerkschaften heute und in den nächsten Jahren auf dem Weg, auf dem sie seit 1945 „viel erreicht" haben, nichts mehr werden erreichen können — es sei denn Niederlagen.

Der Mai-Aufruf bringt zum Ausdruck, daß die DGB-Führung darauf bedacht ist, die Politik der Klassenzusammenarbeit fortzusetzen und die Brücken zur Bonner Wenderegierung nicht abzubrechen. Das äußert sich konkret vor allem so, daß eine wirkliche Abrechnung mit der Politik der Wenderegierung nicht stattfindet. Über die Haltung der Regierung im Streikkampf für die 35-Stunden-Woche hört man nichts. Über den Regierungsentwurf zum Beschäftigungsförderungsgesetz, der sinnigerweise zum 1. Mai in Kraft treten soll und eine Fülle von Angriffen auf gewerkschaftliche Positionen enthält, schweigt der Mai-Aufruf des DGB sich aus. Das gleiche gilt für den Entwurf zum Arbeitszeitgesetz.

Solidarität ist unsere Stärke, wenn man unter Solidarität den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapitalisten und die politische Reaktion versteht. Eben das tut der Mai-Aufruf des DGB nicht.

Wie ein Bild-Professor das Arbeitslosenproblem lösen will

Neue Vorlagen für Bonn?

Die tariflichen Löhne und Gehälter dürfen mindestens zwei Jahre nicht steigen. Arbeitslose und Chefs müssen Bezahlung und Dauer der Beschäftigung frei aushandeln können — ohne tarifliches Lohndiktat. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen zumindest teilweise nur als Darlehen gezahlt werden. Höchstens drei Wochen Jahresurlaub. 20 Prozent weniger Lohn und Gehalt im Krankheitsfall. Anrechnung von Urlaubstagen bei mehr als zwei Wochen Krankheit im Jahr. Kürzung der Sozialhilfe bei den Sachleistungen: Fernsehapparat, Heizungskosten, Dauerwelle usw.

Das sind die wesentlichen Vorschläge, die Professor Norbert Walter vom Kieler Institut für Weltwirtschaft am Ostersonntag in der „Bild am Sonntag" zur Lösung des Arbeitslosenproblems unterbreiten durfte. Wohl zu Recht vermutet BamS: „Seine Thesen klingen für viele schockierend." Damit will sich das Springerblatt aber nicht abfinden, sondern fragt mutig: „Hat er trotzdem recht?"

Ohne weiteres abtun kann man den Bild-Professor wohl kaum. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft gehört zum sogenannten Sachverständigenrat. Als einflußlos auf die Regierungspolitik können Analysen und Schlußfolgerungen dieses Instituts nicht abgetan werden. Walter unterscheidet sich mit seinen Forderungen von dem, was aus dem Unternehmerlager und der Bonner Koalition geäußert wird, ja auch nicht in der grundsätzlichen Argumentation, sondern durch die „Radikalität" seiner Forderungen.

Die Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit verschwindet, wenn die Arbeitskraft möglichst billig und die Arbeiter und Angestellten möglichst rechtlos sind, liegt schon der bisherigen Politik der Wende zugrunde. Aber nach zwei Jahren Wende in Bonn, die reichlich Sozialabbau und ebenso reichlich „Investititionsförderung" für die Unternehmer gebracht haben, kommt die Wirtschaftspolitik der Wende so langsam in den Zwang zu erklären, warum dieser Kurs bislang nicht zu weniger Arbeitslosigkeit, sondern sogar zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat.

Die „schockierenden Thesen" des Bild-Professors liefern die angebliche Erklärung gleich mit: die bisherige Politik des Lohn- und Sozialabbaus, des Abbaus der Schutzrechte der Arbeiter und Angestellten, der steuerlichen Begünstigung der Unternehmer usw. war nicht konsequent genug. Es muß viel drastischere Einschnitte geben. Das wird von relevanten Kräften in den Unionsparteien und in der FDP durchaus ähnlich gesehen.

Was die von Walter geforderte Beseitigung des „tariflichen Lohndiktats" angeht, hat sich in der Woche vor Ostern im Lager der Regierungsparteien einiges gerührt. FDP-Generalsekretär Haussmann etwa meldete sich mit der Forderung zu Wort, in die Tarifverträge Gleitklauseln einzubauen, die es ermöglichen sollen, daß ein Arbeitsloser seinen Lohn ohne tariflichen Lohnzwang aushandeln kann.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, Matthias Wissmann, sprach zwar von einem „durchsichtigen Schaumanöver Haussmanns mit dem Ziel, für die FDP mittelständische Wähler zu gewinnen", nahm aber dessen Vorlage doch dankbar auf, um sich für eine „flexiblere Gestaltung der Tarifverträge" einzusetzen. Laut Wissmann sollen „beide Tarifparteien bestimmte Bandbreiten vereinbaren, innerhalb derer die Löhne schwanken könnten". Nun können die Löhne auch jetzt schon oberhalb des tariflich vereinbarten Lohnes schwanken — und zwar in nach oben völlig unbegrenzter Bandbreite. Wissmanns Forderung ergibt also nur Sinn, wenn er die kräftige Unterschreitung der jetzigen tariflichen Mindestlöhne fordert bzw. daß künftige Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht mehr als Erhöhung der tariflichen Mindestlöhne fixiert werden.

Nein, der Kieler Wirtschaftsprofessor steht mit seinen „schockierenden Thesen" keineswegs allein. Und Springers „Bild" weiß schon, warum des Professors Gruselkatalog ganzseitig ins Blatt gerückt wurde. Heribert Scharrenbroich, Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, allerdings meinte: „Walters Thesen sind eine Kriegserklärung an die Gewerkschaften. Ein Professor der Volkswirtschaft sollte wissen, daß man den sozialen Frieden als wichtigen Produktivitätsfaktor nicht geringschätzen darf". Der Mann sollte sich vielleicht einmal beim Wirtschaftsflügel seiner Partei erkundigen. Dort kennt man sich besser aus — mit Produktivitätsfaktoren und mit Professoren der Volkswirtschaft.

Meldungen

Bau: 4 Monate Lohnpause

4 Monate Lohnpause, ab 1. August eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 2,4 Prozent. Der schon zum 31. Dezember 84 gekündigte Tarifvertrag über das 13. Monatseinkommen wurde unverändert wieder in Kraft gesetzt. Verlängert wurde eine Vereinbarung über eine von den Unternehmern zu zahlende Ergänzungsbeihilfe zu Alters- und Unfallhilfe. Diesen Schiedsspruch des ehemaligen BAG-Präsidenten Gerhard Müller hat die Große Tarifkommission der IG Bau Steine Erden letzte Woche akzeptiert.

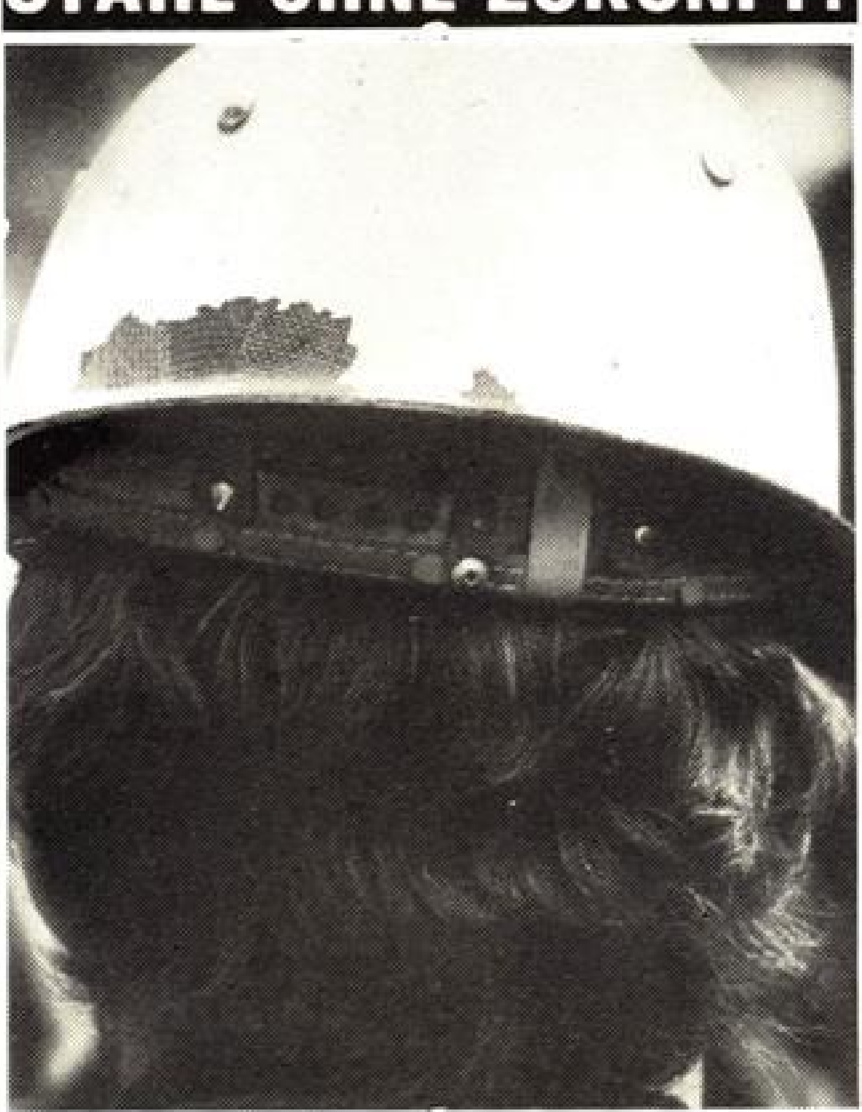
IG BSE-Chef Carl, innerhalb des DGB ein extrem rechter Flügelläufer, bemühte die neuesten Arbeitslosenzahlen, durch die „verzweifelte Situation der Arbeitnehmer wieder deutlich" geworden sei, um die Zustimmung zu diesem Schiedsspruch zu rechtfertigen.

Tatsächlich wird die Lage der Kolleginnen und Kollegen vom Bau keineswegs dadurch weniger „verzweifelt", daß sie jetzt auch noch einen ungeheuren Reallohnverlust hinnehmen müssen. Wahr ist auch nicht, daß dieser Lohnabbau-Abschluß irgendeinen Arbeitsplatz in der Bauindustrie retten wird. Kurzarbeit, Entlassungen und Pleiten in der Bauindustrie werden weitergehen — um so schneller und rücksichtsloser gegenüber den Interessen der Beschäftigten, je mehr sich die rechte IG BSE-Führung in der Rolle eines Sanierers der Bauindustrie versucht und mit „Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Situation" den Kampf für die Interessen der Bauarbeiter vermeidet.

Private Versicherungen 3,6 Prozent

Gehälter, Löhne und Ausbildungsvergütungen der 200000 Beschäftigten des privaten Versicherungsgewerbes werden rückwirkend ab 1. April um 3,6 Prozent erhöht. Silvester wurde als freier Arbeitstag vereinbart. Für Schichtarbeiter wurden geringfügige Verbesserungen vereinbart. Vereinbart wurde außerdem, daß noch vor Beginn der Tarifrunde 86 Kommissionsgespräche über die Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung aufgenommen werden.

STAHL OHNE ZUKUNFT?



VERANSTALTUNG AM 28.4. IN DUISBURG

Seit Ende 1974 sind in der bundesdeutschen Stahlindustrie 37 Prozent der Arbeitsplätze, das sind knapp 130000, vernichtet worden. In Frankreich waren es im gleichen Zeitraum 29 Prozent, in Belgien 19 Prozent, in Luxemburg 23 Prozent und in Britannien sogar 60 Prozent. In den Stahlrevieren der Bundesrepublik liegt die Erwerbslosigkeit zu zwei Dritteln über dem Bundesdurchschnitt. Andere Branchen und die öffentlichen Finanzen gerieten mit in den Sog der Krise. Massive Stillegungsprogramme im Bergbau, wie sie zum Beispiel in Britannien gegen den hartnäckigen Widerstand der Beschäftigten durchgepeitscht werden, drohen jetzt auch hier: Nach den Plänen von Kapital, Regierungen und EG-Behörden sollen ganze Kohlereviere aufgegeben und 23000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Der vorübergehende Konjunkturanstieg darf niemanden darüber hinwegtäuschen, daß die Zeichen weiter auf Sturm stehen: Rationalisierungen, Werksschließungen und Stellenabbau, neue Subventionsregeln und Produktionsquoten, große Konzernzusammenschlüsse wie zwischen Krupp, Klöckner und CRA sowie der zu erwartende allgemeine Konjunkturrückgang 86/87 werden neue, schwere Herausforderungen für die (Noch-)Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bringen. Es geht buchstäblich um die Zukunft ganzer Belegschaften und Regionen. Die gewerkschaftlichen und politischen Errungenschaften und Rechte stehen auf dem Spiel.

In dieser Situation hat der IG-Metall-Vorstand — nach langem Zögern und erst auf Druck des letzten Gewerkschaftstags — ein neues stahlpolitisches Programm vorgelegt. Darin wird erstmalig die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach Vergesellschaftung aktualisiert. Inzwischen hat sich auch die Stahlkonferenz der IG Metall mit dem Papier befaßt.

Im Saarland verdankt Oskar Lafontaine seinen hohen Wahlsieg nicht zuletzt dem Versprechen, als Ministerpräsident die Verstaatlichung von Arbed anzugehen, wo in den letzten 10 Jahren die Hälfte aller Arbeitsplätze gestrichen wurden. In Nordrhein-Westfalen, dem Zentrum von Glanz und Elend kapitalistischer Stahlindustrie, kommt dieser Gedanke im Wahlprogramm der seit fünf Jahren allein regierenden SPD nicht vor.

Von den Parteien, die im kommenden Landtag vertreten sein werden, haben lediglich die GRÜNEN die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie erhoben.
Die Diskussion über das Für und Wider, über die Bedingungen, unter denen die Vergesellschaftung der Stahlindustrie tatsächlich ein Weg sein kann, der aus der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krise herausführt, muß jetzt verstärkt weitergehen.

Wir, engagierte Gewerkschafter von Thyssen und Hoesch, Krupp, Klöckner und Mannesmann, laden deshalb zu einer Diskussionsveranstaltung ein.

Einladung zum Stahlforum

Ort: Duisburg-Hamborn, Ratskeller, Saal 1
Zeit: Sonntag, 28. April 1985, 15.00 Uhr.

■ Vertrauensleute und Betriebsräte aus Stahlbetrieben diskutieren Lage und Perspektiven der Stahlindustrie. Teilnehmen werden auch Eckehardt Strathmann (Die Grünen — Bundestag) und Werner Glock (SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen). Moderation: Jakob Moneta.

• In einer zweiten Diskussionsrunde, unter Beteiligung von Hartmut Kuhne (SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen), Wolfgang Schmidt (Landtagskandidat — Die Grünen), Vertretern von GIM und KPD, geht es um die Fragestellung: Landtagswahlen in NRW und Kampf gegen Kohl und Kapital.

Kontakt: Charlotte Weyers, Duisburger Str. 148 4100 Duisburg 11 — Telefon: 02 03/5 53 46.

„Arbeitsplätze wie Schnee in der Sonne"

IGM-Studie über den Bereich Unterhaltungselektronik

Nach der Vorlage des Stahlkonzepts, der Studie über die Automobilindustrie, das Programm „Arbeit und Technik", hat zu Beginn des Jahres der IGM-Vorstand ein 86-Seiten-Papier zur Arbeitsplatzvernichtung im Bereich der Unterhaltungselektronik vorgelegt. Alle bisherigen und eventuelle zukünftige Branchenanalysen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß der Vorstand den Auftrag hat, den „Report 2000" zu erstellen, in dem die zukünftigen Entwicklungslinien in der Metallindustrie herausgearbeitet und die Positionsbestimmung der IGM vorgenommen werden sollen. Dies soll bis Ende 85 geschehen.

Im 1. Teil der Analyse der Beschäftigung und der Beschäftigungsaussichten stellt die IGM fest, daß in den letzten fünf Jahren insgesamt rund 220000 Arbeitsplätze in der Metallverarbeitung verloren gingen. Krisenbranche Nr. 1 — noch vor Werften und Stahl — war, gemessen am Arbeitsplatzabbau, die Unterhaltungselektronik. Seit 1978 sind rund 46000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Das sind rund 37 Prozent aller ehemals dort vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Als einen wichtigen Grund, warum dies nicht so groß bekannt ist, nennt der IGM—Vorstand:

„Werft- und Stahlarbeiter sind größtenteils qualifizierte Facharbeiter, in der Unterhaltungselektronik dagegen arbeiten überwiegend Frauen. Der Abbau von Frauenarbeitsplätzen aber wird gesellschaftlich immer noch weniger wahrgenommen." (S. 3)

Außerdem:

„... spielt eine Rolle, daß die Arbeitsplatzverluste bei Stahl und Werften schon länger andauern, der Widerstand dagegen und die Suche nach Alternativen entwickelter sind." (S. 3)

Die bisherige Entwicklung der Massenproduktion in der Unterhaltungselektronik sieht der IGM-Vorstand bisher in drei Phasen verlaufen:

„1. 1950 - 60. Steiler Anstieg der Beschäftigung von 25000 auf knapp 100000, also um das Vierfache.
2. 1960 - 78. Schwacher trendmäßiger Anstieg der Beschäftigung, geprägt durch starke konjunkturelle Schwankungen.
3. Ab 1978. Starker Rückgang der Beschäftigten. Bis 1984 auf 60000, das ist die Hälfte des Höchststandes von 1974." (S. 5)

Während im Durchschnitt der Metallindustrie rund 24 Prozent Frauen beschäftigt sind, arbeiten in d'esem Bereich um die 50 Prozent, 1978 waren es 53 Prozent, 1983 49 Prozent.

Der IGM-Vorstand nennt als Gründe:

„... einerseits die Struktur des Arbeitsprozesses mit einem hohen Anteil an Montagetätigkeiten, die vergleichsweise wenig Qualifikation erfordern, andererseits die gesellschaftlich bedingte niedrige Qualifikation der Mehrzahl der Frauen und ein diskriminierendes Verständnis der Frauenarbeit als vorübergehende, auf einen Zusatzverdienst angelegte Erwerbstätigkeit." (S. 9)

Als wichtige Entwicklung der letzten Zeit wird festgestellt:

„... gehen diese Unternehmer verstärkt zur Anwendung befristeter Arbeitsverhältnisse über. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Vermutlich geschieht dies im Sinne der konservativen Wende, mit der die Schutzrechte der Arbeitnehmer abgebaut und Frauen zu Arbeiternehmern zweiter Klasse gemacht werden sollen." (S. 9)

Vor dem Hintergrund der technischen Umwälzung des Arbeitsprozesses, hier sei als Stichwort genannt: elektronische Bauteile, wird heute für die Montage eines Fernsehgerätes nur noch etwa zwei Stunden gebraucht, gegenüber 16 Stunden 1960' Da ist es kein Wunder, daß die Entwicklung der Produktivität in den letzten Jahren deutlich über dem Durchschnitt der Metallindustrie lag. Diese hatte einen Satz von etwa 4 Prozent von 1970 bis 1984, der hier behandelte Bereich dagegen von etwa 10 Prozent. Dabei sind insbesondere in den letzten Jahren enorme Steigerungsraten zu verzeichnen: 1982 20 Prozent, 1983 und 1984 je 12 Prozent.

Zur Umwälzung der Produktionsstruktur wird zusammenfassend festgehalten: „Einerseits wird im größten Arbeitsbereich — der Montage — die Arbeit durch die Miniaturisierung und geringere Zahl der Bauelemente ausgedünnt, andererseits wird die Automatisierung auf Basis der Mikroelektronik in allen Arbeitsbereichen vorangetrieben." (S. 19)

Bezüglich der Marktentwicklung auf diesem Sektor wird festgestellt, daß der Gesamtumsatz der Branche seit 1978 stabil geblieben ist — knapp unter 10 Milliarden DM jährlich. Allerdings haben sich wichtige Strukturverschiebungen ergeben. In erster Linie ein rasantes Anwachsen der Videorecorder. Sie allein machten 1983 zwei Milliarden DM Umsatz aus, Radios bzw. Fernseher schrumpften in ihrem Umsatz um fast die gleiche Summe.

Bezüglich des Weltmarktes und der internationalen Konkurrenz stellt die Studie einige wichtige Fakten dar, die das Gerede von der „Benachteiligung gegenüber den aggressiven Japanern" gut widerlegen.

Einige Punkte dazu:

1. „Die Unternehmen der Bundesrepublik haben an dem expandierenden Weltmarkt stark teilgenommen. Die Ausfuhr der inländischen Produzenten wurde von 1970 - 83 um 168 Prozent gesteigert. Die Ausfuhrquote ... hat sich im selben Zeitraum von 33 auf 61 Prozent erhöht." (S. 27)

2. „Japan und die Bundesrepublik haben im Verhältnis zum Umfang des heimischen Marktes eine sehr große Unterhaltungselektronik-Industrie aufgebaut ... Bei der Konkurrenz zwischen der Bundesrepublik und den fernöstlichen Unternehmen handelt es sich ... um den Wettlauf zweier Riesen, die das übrige Feld der Läufer weit hinter sich gelassen hatten." (S. 29)

Während im Durchschnitt die Quote der in der Unterhaltungselektronik Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung bei 0,05 Prozent liegt, ist sie in der BRD und Japan jeweils etwa dreimal (!) so hoch bei 0,16 Prozent!

Bis zu Beginn der 80er Jahre lag die Exportsumme immer über der Importmenge Zu den Beschäftigungsaussichten stellt die Studie fest: „Ein Produktionsanstieg von gut 3 Prozent bei einer Produktivitätsrate von 10 Prozent bedeutet einen jährlichen Rückgang des Arbeitsvolumens (und der Beschäftigung bei gleichlanger Arbeitszeit) von 7 Prozent; in fünf Jahren wäre das ein weiteres Absinken von 30 Prozent." (S. 41)

Eine Umfrage bei den Betriebsräten der 13 größten Unternehmen dieser Branche, bei denen 46000 Beschäftigte geführt werden, bestätigte 1984 diese Einschätzung: im günstigsten Fall wurde ein Abbau von 22 Prozent auf nur noch 34000, im ungünstigsten Fall um 41 Prozent auf nur noch 25000 innerhalb der nächsten fünf Jahre geschätzt.

Als Schlußfolgerung, bevor die dagegen angestrebte eigene Perspektive dargelegt wird, nennt der IGM-Vorstand:

„Dieser Beschäftigungsverlust ist extrem im Vergleich zu anderen Metallbranchen; er ist aber keine Ausnahme. Es gibt keinen Zweig der Metallindustrie, der auf mittlere und längere Frist zunehmende Beschäftigung erwarten kann. Lediglich das Tempo, in dem durch neue Technologien und Rationalisierung unter Konkurrenzdruck das notwendige Arbeitsvolumen dahinschmilzt, ist unterschiedlich. In der Unterhaltungselektronik ist es besonders hoch; sie zeigt damit den anderen Branchen aber nur ihre eigene Zukunft". (S. 42)

Wie gegensteuern?

Unter zwei Kapiteln wird dazu abgehandelt:

1. Betriebs- und Tarifpolitik, mit den Elementen Arbeitszeitverkürzung, Ersatzarbeitsplätze und neue Produkte sowie offensive Qualifizierungspolitik.

2. Strukturpolitik, mit den Elementen Information und Koordination auf Branchenebene, Ersatzarbeitsplätze und neue Produkte, regionale Wirtschaftspolitik.

Die wichtigesten Punkte daraus sind:

1. Bis 1990 wäre eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 29 Stunden notwendig, um den Beschäftigungsverlust durch Arbeitszeitverkürzung aufzufangen.

„Da die Produktivität je Stunde in den anderen Branchen ... langsamer steigt und eine Differenzierung nach Branchen, ein tarifpolitischer Alleingang in der Unterhaltungselektronik nicht möglich und nicht wünschenswert ist, kann das Beschäftigungsproblem ... allein durch Arbeitszeitverkürzung nicht gelöst werden." (S. 44)

2. „Es geht darum, einen menschengerechten Einsatz der neuen Technologien zu entwickeln. Dies mag das Tempo des Technikeinsatzes verlangsamen, dies mag den Produktivitätsanstieg bremsen ... dies ist ein erwünschter Nebeneffekt." (S. 47)

3. „Angesichts der Entwicklung der vergangenen Jahre und ihrer problematischen Auswirkungen, stärker jedoch mit Blick auf die zukünftigen Strukturprobleme ... benötigen wir eine offensive Qualifizierungspolitik für alle Arbeitnehmer in dieser Branche." (S. 48) Dazu zählen unter anderem alle verbleibenden Arbeitsplätze qualitativ anzureichern, d. h. anspruchsvolle Tätigkeiten zu schaffen, monotone Arbeit abzuschaffen.

4. Wird — wie im Bereich Stahl und Automobil — gefordert: „Als Institutionelles Zentrum dieser Informations- und Koordinationsaktivitäten ist ein **Branchenausschuß** einzurichten, in dem die Unternehmen und die IGM, Bund und Länder vertreten sind." Als Aufgaben werden diesem Ausschuß unter anderem vorgeschlagen:

- mittelfristige Markt- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermitteln sowie ein
- Entwicklungsprogramm für die verbleibenden Standorte zu entwickeln.

5. Wird — ebenfalls in Anlehung an Stahl und Automobil — gesagt, daß durch betriebliche und tarifpolitische Maßnahmen der Arbeitsplatzabbau **nicht** gestoppt werden kann, daß „Der Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen daher dringend erforderlich ist". (S. 54)

6. Wird gefordert, „für die Unterhaltungselektronik heißt das Produktinnovation und Diversifizierung im Bereich elektronische Bauelemente, Geräte und Anlagen" (S. 56)

7. Schließlich wird bezüglich der regionalen Wirtschaftspolitik gefordert: „Sobald die Entwicklung an den einzelnen Standorten prognostiziert und unternehmens- und branchenpolitisch definiert ist, müssen diese absehbaren Entwicklungen in die Wirtschaftsplanung auf Länder- und kommunaler Ebene eingehen ... gleichzeitig muß die regionale Initiative für Ersatzarbeitsplätze aus einem bundesweiten Beschäftigungsprogramm mitfinanziert werden ... Durch ein nationales Programm für Zukunfstinvestitionen und Zukunftsprodukte ist der Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen in besonders betroffenen Regionen viel schneller möglich." (S. 62)

Wie die eigenen Forderungen durchsetzen?

Hier beschränkt sich die IGM auf einige vage Aussagen, neben der richtigen Aussage, daß „es jedem Unternehmen innerhalb eines kapitalistischen Wirtschaftssystems darum geht, möglichst hohen Gewinn und den Ausbau der Marktmacht (zu erreichen), die Nationalität spielt da eine untergeordnete Rolle" (S. 64). Die vagen Aussagen beinhalten:

- gefordert war und ist eine Wirtschaftspolitik, „die den operierenden Unternehmern andere Rahmenbedingungen und Zielvorgaben setzt",
- „Vergesellschaftung der Unterhaltungselektronik kann ein wirksames Instrument sein, die Interessen an sicheren Arbeitsplätzen und sozial sinnvoller Produktentwicklung durchzusetzen, vorausgesetzt, die Wirtschaftspolitik wäre bereit zur Übernahme dieser Gestaltungsaufgabe". (S. 68/69) Ab - schließend wird festgehalten:

„**c. Mobilisierung und gewerkschaftliche Koordinierung**
Dem kapitalorientierten Konzept der Exportoffensive nach außen und Rationalisierungsoffensive nach innen müssen die Arbeitnehmer ihr eigenes Konzept zur Lösung der Beschäftigungskrise entgegensetzen.

Die Konkretisierung eines Forderungskonzeptes durch Betriebsräte und IG Metall ist eine Voraussetzung dafür. Gleichwichtig ist die Information und Diskussion der gewerkschaftlichen Vertrauensleute vor Ort und der Belegschaften, um in dieser Auseinandersetzung gegenüber den unternehmerischen Sanierungsversuchen Terrain zu gewinnen.

Diese Mobilisierung muß politisch wirksam eingesetzt werden, um bei den gegebenen parlamentarisch-politischen Kräfteverhältnissen soviel wie möglich von diesem Konzept umzusetzen und gleichzeitig auf Veränderung dieser Verhältnisse hinzielen, um so die Voraussetzungen für die Realisierung unserer Vorstellungen zu schaffen ..."

Ersatzarbeitsplätze — die neue Zukunftslosung?

So muß es fast scheinen, wenn man sich die bisher vorliegenden Strukturberichte und -Vorschläge des IGM-Vorstandes zu den Krisenbereichen Stahl, Werften, Automobil und jetzt Unterhaltungselektronik anschaut.

In all diesen Berichten wird davon ausgegangen, daß es **nicht** zu verhindern sei, daß in all diesen Bereichen Arbeitsplätze vernichtet werden. Weder betrieblicher, noch tariflicher Widerstand seien dazu in der Lage. Auch Betriebsbesetzungen nicht — so der IGM-Vorstand.

Stattdessen taucht in all diesen Papieren immer wieder die Forderung nach Ersatzarbeitsplätzen auf.

Das ergibt aber doch eine ganze Reihe von Problemen. Zum einen ganz einfach das Problem, daß ja Hunderttausende von Ersatzarbeitsplätzen geschaffen werden müßten, um alle die zu beschäftigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren.

Da stellt sich dann die Frage nach dem Wettlauf, wer erreicht denn aus diesen Krisenbranchen einen solchen Platz überhaupt, wenn es ihn denn irgendwo gibt? Nicht zu Unrecht verweist der IGM-Vorstand ja darauf, daß in **allen** Branchen der Metallindustrie mit ähnlichen Entwicklunen zu rechnen ist.

Aber auch ein zweites Problem ist doch da, wenn man es schon nicht schafft, jedenfalls nach Meinung des IGM-Vorstandes, die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern, wie will man es denn dann schaffen, die erforderliche Zahl von Ersatzarbeitsplätzen durchzusetzen?

Auf der IGM-Stahlkonferenz im März stellte Judith ja noch fest, daß von den versprochenen Tausenden von Ersatzarbeitsplätzen, die durch die verschiedensten Subventionen an die Unternehmer geschaffen werden sollten, in den Stahlrevieren nur einige hundert tatsächlich entstanden seien.

Regiert bei den vorhandenen Arbeitsplätzen die Kapitallogik, so doch auch bei eventuellen neuen. Die werden nur gemacht, wenn sie genügend Profit versprechen.

Was schließlich ein weiteres Problem betrifft: die Frage der Durchsetzung. So zeigen alle Erfahrungen, daß Belegschaften zu mobilisieren sind für den Erhalt von konkret vorhandenen Arbeitsplätzen — für irgendwelche vagen Ersatzplätze allerdings nicht.

Stellt sich also die Frage, ob die Vertröstung auf „Ersatz" nicht eine Geisterfahrt wird, in eine Zukunft ohne alte, zur Zeit noch vorhandene **und** ohne neue, nicht vorhandene Arbeitsplätze.

Gerade angesichts der ansonsten absehbaren Entwicklung tut es not, sowohl die vorhandenen Arbeitsplätze konsequent zu verteidigen, als auch das Bewußtsein dafür zu heben, daß die abhängig Beschäftigen ihre Möglichkeiten **politischen** Einfluß auszuüben, vergrößern müssen, wollen sie ihre Interessen tatsächlich durchsetzen.

8. Mai 1945 — 40 Jahre danach (II)

Wessen Krieg war der Krieg?

Die erste Folge unserer Artikelserie zum 40. Jahrestag der Zerschlagung des Hitler-Faschismus befaßt sich mit der Frage, wessen Interessen der 2. Weltkrieg diente. Im ersten Teil dieser ersten Folge (siehe RM-Ausgabe von letzter Woche) wurden die Ereignisse bis zum Scheitern des ersten Annexionsversuches von Österreich geschildert. Im heutigen zweiten Teil des ersten Artikels geht es um die Darstellung der gesamten wirtschaftlichen Interessen, die für die Anzettelung des Krieges durch den deutschen Imperialismus ursächlich waren.



Die Annektion Österreichs war damit aber nur aufgeschoben. In seinem Buch über den 2. Weltkrieg berichtet Churchill über eine Unterredung des deutschen Gesandten Papen in Wien mit seinem Kollegen aus den USA: „,In kühnster und zynischer Weise', berichtete der amerikanische Gesandte, ,sagte mir Papen, daß ganz Südosteuropa bis zur türkischen Grenze das natürliche Hinterland von Deutschland sei und er habe die Mission, dieses ganze Gebiet unter den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Deutschlands zu bringen. (...) Die deutsche Regierung sei entschlossen, Südosteuropa in die Hand zu bekommen. Nichts könne sie darin aufhalten.'"

Bereits 1936 wurde der militärische Plan für den Überfall auf Österreich und für seine Besetzung ausgearbeitet. Im gleichen Jahr begann das deutsche Großkapital mit einer regelrechten wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs. Dabei taten sich die Dresdner Bank, die Reichswerke Hermann Göring und die IG Farben besonders hervor. Die deutschen Banken und Konzerne hatten ganz genaue Vorstellungen, was ihnen die Annexion Österreichs bringen sollte. Die IG Farben beispielsweise hatten schon vor dem Überfall auf Österreich mit der Pulverfabrik Skodawerke Wetzler zwecks Übernahme verhandelt. Als diese Verhandlungen im Januar 1938 ins Stocken kamen, wurden sie vom IG-Farben-Konzern gänzlichst eingestellt nicht ohne die zynische Bemerkung „solange nicht grundsätzliche Verschiebungen in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich eintreten", sei mit einer Übernahme der Pulverfabrik nicht zu rechnen. Nach der Annexion Österreichs im Februar 38 übernahmen dann die IG Farben nicht nur die Skodawerke Wetzler sondern gleich die ganze Österreichische chemische Industrie und gliederte sie sich unter dem Namen Donau-Chemie AG als Tochtergesellschaft an. Der deutsche Anteil an der österreichischen Wirtschaft stieg von 10 Prozent im Jahr 1938 auf 80 Prozent im Jahr 1945.

So wie die IG Farben handelten auch die anderen deutschen Konzerne und Banken. Bekanntlich folgte auf die Annexion Österreichs die Vernichtung der Tschechoslowakei. Mit dem Überfall auf Polen begann am 1. September 1939 der 2. Weltkrieg. 1940 besetzten die Truppen der deutschen Faschisten Norwegen und Dänemark, dann Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich. Ende 1940/Anfang 1941 wurden deutsche Truppen in Rumänien und Bulgarien stationiert. Jugoslawien und Griechendland wurden 1941 überfallen und am 22. Juni 1941 begannen die deutschen Faschisten den Krieg gegen die Sowjetunion. In allen Fällen hatten Banken und Konzerne bereits vor dem Einmarsch der Truppen ihre Wünsche bis ins einzelne festgelegt.

Die Dresdner und die Deutsche Bank, Flick, Krupp, die Vereinigten Stahlwerke, Mannesmann, Siemens, AEG und vor allem die IG Farben stellten regelrechte Wunschlisten von „Objekten" zusammen, an denen sie zwecks Übernahme interessiert waren.

Die Gier der deutschen Banken und Konzerne kannte keine Grenzen. Um die Rohstoffe, Industrien und Märkte der eroberten bzw. abhängigen Länder an sich zu reißen, wurden unterschiedliche Methoden angewendet. Im Westen und auf dem Balkan benutzte man beispielsweise das Mittel der Zwangskartellierung. Vor allem aber versuchten die deutschen Banken und Konzerne durch Kapitalverflechtung sich den Besitz von Aktienmehrheiten bei den sie interessierenden „Objekten" zu verschaffen. Aber auch einfacher Raub — d.h. Beschlagnahme von Industrien durch die Besatzungsbehörden und ihre Übergabe an deutsche Konzerne — war gang und gäbe. In Polen und in der Sowjetunion war direkter und brutaler Raub die Hauptmethode bei der Ausplünderung der Reichtümer dieser Länder.

Die Hitler-Regierung handelte dabei völlig im Interesse des deutschen Großkapitals. So heißt es etwa in einer geheimen Weisung Görings vom Jahr 1940, „daß jede Gelegenheit ausgenutzt wird, um noch während des Krieges der deutschen Wirtschaft Eingang in die interessantesten Objekte der Wirtschaft der besetzten Länder zu ermöglichen." Oder noch deutlicher im Bericht eines Beamten vor dem Beirat der Reichsgruppe Industrie: „Es ist der Wunsch der höchsten Stellen (...) auf allen Gebieten kapitalmäßig möglichst tief in die Betriebe Europas, insbesondere der Industrie, einzudringen. (...) Für Kapitalbeteiligungen in Holland, Belgien, Frankreich und auch in Norwegen, in den nordischen Ländern und im Südosten werden wir die notwendigen Devisen bereitstellen. Sie können jeden Betrag haben. Wichtig ist für uns, daß Sie eindringen und daß wir auf diese Weise unseren Einfluß in den betreffenden Ländern geltend machen können."

So hatte, um ein Beispiel zu nennen, allein die Dresdner Bank für Belgien eine Liste von 130 Unternehmen zusammengestellt, an denen sie interessiert war. Besonders unersättlich war der IG-Farben-Konzern. Nachdem die IG Farben durch Gründung der Donau-Chemie AG die österreichische Chemieindustrie an sich gerissen hatte, schluckte sie nach der Besetzung der Tschechoslowakei den Aussiger Verein und die Dynamit Nobel AG Bratislava. Über die Nordische Aluminium AG und den Norsk-Hydro-Konzern kontrollierte sie die norwegische chemische Industrie. Und schließlich gelang es ihr nach der Niederlage Frankreichs dessen gesamte Farbenindustrie und den größten Chemiekonzern der Frankreichs Rhone-Poulenc an sich zu reissen. Im Jahr 1941 konnte das Vorstandsmitglied der IG Farben befriedigt feststellen: „Im kontinentalen Europa bleibt außer Rußland somit nur das Schweizer Problem für die Zeit nach dem Krieg zu regeln."

Die IG Farben hatte aber noch viel weitergespannte Pläne. Unter dem Titel „Friedensplanung" verfaßte die Konzernspitze bereits 1940 ein mehrere hundert Seiten umfassendes Dokument, in dem im Detail die Vorstellungen der IG Farben für ihre Vorherrschaft in Europa und in anderen Teilen der Welt entwickelt wurde. Darin heißt es unter anderem: „Von entscheidendem Einfluß für alle Planungen für den europäischen Raum wird aber die Notwendigkeit sein, eine zielbewußte und schlagkräftige Führung der zwangsläufigen Auseinandersetzung mit den sich heute schon abzeichnenden außereuropäischen Großraumwirtschaften zu sichern." Damit war der Kampf gegen die US-Konzerne und japanischen Monopole gemeint, speziell der Kampf um die Rohstoffquellen und Märkte im Fernen Osten, in Indien und in China.

Eine besondere Art von Raub war die sogenannte Arisierung, d.h. die Enteignung jüdischer Unternehmer. Auf diese Weise gelangte z.B. Flick in den Besitz der mitteldeutschen Braunkohlegruben der Familie Petschek. Die Arisierungen wurden systematisch von den Konzernen vorbereitet. So forderte der Vorstand des IG-Farben-Konzern bereits vier Monate vor dem deutschen Balkan-Feldzug von seinen entsprechenden Abteilungen Informationen „über die Beteiligung nichtgriechischen bzw. nichttürkischen Kapitals an industriellen Unternehmungen in Griechenland und in der Türkei" an speziell über „eine eventuelle Beteiligung von jüdischem Kapital".

Wie bereits gesagt, waren brutalster Terror, rücksichtslose Ausplünderung und millionenfacher Mord die Methoden der Hitler-Faschisten in Polen und vor allem in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. In zynischer Offenheit hatte der deutsche Generalgouverneur in Polen, Frank, erklärt, es gehe darum, Polen „als Kriegsgebiet und Beuteland auszupowern, es in seiner sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen".

Über die Sowjetunion sagte der Leiter des Wehrwirtschaftsstabes des OKW, General Thomas, „daß noch nie ein Heer mit wehrwirtschaftlichem Material über das Feindesland so ausgerüstet gewesen ist wie das deutsche". So hatte die Volkswirtschaftliche Abteilung der IG Farben seit 1940 ein halbmonatliches Bulletin „Wirtschaftsmeldungen aus der Sowjetunion (UdSSR)" herausgegeben, mit genauen Berichten über Produktionsdaten, Standorte, Rohstoffvorkommen sowie über betriebliche und politische Kader. Daraus entstand dann eine Liste über die Standorte der chemischen Industrie und verwandter Industriezweige, die zur Grundlage der späteren Ausplünderung in diesem Bereich wurde. Ebenfalls schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion wurde unter führender Beteiligung der Deutschen Bank und der IG Farben die Kontinentale ÖL AG gebildet, die die sowjetischen Erdölvorkommen ausbeuten sollte. Die „Ost GmbH", in der Flick, Krupp, Thyssen, die Deutsche Bank und die IG Farben führend waren, sollte dazu dienen, den sowjetischen Bergbau und die Hüttenwerke unter das deutsche Großkapital zu verteilen.

Nirgendwo sonst haben die deutschen Faschisten solche Verbrechen begangen wie in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und nirgendwo sonst geschah dies so offenkundig im Interesse der Banken und Konzerne, die ihre Hand auf rund 30000 sowjetische Industriebetriebe legen konnten.

Die Banken und Konzerne begnügten sich nicht damit, die Wirtschaft der besetzten Länder zu beherrschen. Sie ließen KZ-Häftlinge für sich schuften und verschleppten Millionen von Menschen als Zwangsarbeiter nach Deutschland. Man muß sich vor Augen halten, daß es 1939 nur 300000 ausländische Arbeitskräfte in Deutschland gegeben hat. Im Mai 1944 waren es bereits 7,1 Millionen oder 30 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie in Deutschland. Darüber, wie bei der sogenannten Rekrutierung von Arbeitskräften in der Sowjetunion vorgegangen wurde, gibt eine Anweisung an die „Arbeitseinsatz-Behörden" Auskunft. Darin heißt es, daß „Männer und Frauen einschließlich Jugendlicher vom 15. Lebensjahr ab auf der Straße, von den Märkten und aus Dorffestlichkeiten heraus aufgegriffen und fortgeschafft" werden sollten. Und weiter: „Zu der Anwendung der Prügelstrafe ist (...) das Niederbrennen der Gehöfte bzw. ganzer Dörfer als Vergeltung für die Nichtbefolgung der an Gemeinden ergangenen Aufforderung zur Bereitstellung von Arbeitskräften getreten."

Was hatte der Vorsitzende der IG Farben und Chef der Bayerwerke, Carl Duisberg, 1931 gesagt?

„Die Enge des nationalen Wirtschaftsgebietes muß durch übernationale Wirtschaftsgebiete überwunden werden. (...) Zur endgültigen Lösung des europäischen Problems muß von Odessa bis Bordeaux ein enger wirtschaftlicher Zusammenschluß als das Rückgrat Europas hergestellt werden."

Das Ergebnis dieses Programms war der 2. Weltkrieg mit seinen 50 Millionen Toten und 35 Millionen Kriegsversehrten, mit seinen riesigen materiellen Schäden und Verwüstungen, mit seinen Verbrechen und einem nie für möglich gehaltenen Rückfall in die Barbarei.

Bleibt eigentlich nur noch eine Anmerkung:

Die Verantwortlichen für diesen Krieg sind nie zur Verantwortung gezogen worden. Die Deutsche Bank ist heute wieder eine der größten Banken der Welt. Bayer, BASF und Hoechst, die Nachfolger der IG Farben sind die größten Chemiekonzerne der Welt. Thyssen ist der größte Stahlkonzern Europas. Siemens und AEG, die Dresdner Bank, Krupp und Flick — ihre wirtschaftliche Stärke ist größer denn je. Und ihr Einfluß in die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, auf die Verhältnisse in „diesem unserem Land"?

Zu einigen Leserbriefen

Was ist Titoismus?

In der Debatte um die Entwicklung der Politik der KPD gab es in einigen Leserbriefen an den Roten Morgen (meist bezogen auf den Artikel „Die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution und das Programm der KPD", der im RM 51/52 von 1984 veröffentlicht wurde, in dem Thesen des ZK der KPD wiedergegeben wurden) Vorwürfe, wie: dies sei „titoistisch" oder „trotzkistisch". Da solche Vorwürfe bisher ohne inhaltliche Beweisführung vorgebracht wurden, wollen wir hiermit eine lose, kurze Folge von Artikeln beginnen, die dazu dienen sollen, das Wesen bestimmter politischer Strömungen darzustellen. Dies soll hier mit dem Titoismus begonnen werden.

Die Vorwürfe lauten in diesem Fall, einfach gesagt, so: In den Thesen des ZK wird die Leitung der Wirtschaft durch den Staatsapparat in Frage gestellt, das eben sei ein Kennzeichen des Titoismus.

Nun ist es ganz ohne Zweifel so, daß in diesen ZK-Thesen eindeutig marxistische Losungen wie „Produzentendemokratie" auftauchen — die in verschiedenen historischen Situationen unterschiedlich zu werten waren — aber so schnell kann nur Schubladendenken das auf „Titoismus" herauskommen lassen.

Jugoslawien heute

Jugoslawien als das Beispiel einer vom Titoismus geprägten Entwicklung — das bietet im Jahr 1985 wahrhaft keinerlei Anlaß, sich daran irgendwie ein Vorbild zu nehmen.

Auch all jene Kräfte, die einst Jugoslawien als sozialistisch propagierten, sind längst davon abgerückt, wie etwa Teile der Jungsozialisten. Wer dies heute tun wollte, könnte dies höchstens aus Papierweisheit oder Kuriositätenkabinettsgründen.

Zum einen ist es die Entwicklung der Privatwirtschaft, die einen daran hindert, diesen Staat als sozialistisch zu betrachten.

Diese Entwicklung hatte bereits 1960 dazu geführt, daß das Privateigentum in der Landwirtschaft wieder absolut vorherrschend wurde — es gab da gerade noch 147 Genossenschaften — und seitdem hat sich nichts daran geändert.

Diese Entwicklung hat auch dazu geführt, daß im Bereich Handwerk und Dienstleistungen der private Sektor ebenfalls absolut vorherrschend ist. Im Zeitraum der Jahre 1975 bis 1980 stieg die Beschäftigung im sogenannten gesellschaftlichen Sektor um 4 Prozent, die im privaten Sektor um 5,2 Prozent (1). Das als Hinweis darauf, welch bedeutende Rolle das Privateigentum doch spielt, eine Rolle, die man nur aus Absicht leugnen kann. Dennoch ist dies nicht das Entscheidende, sondern die Organisation und die Strukturen im angeblichen gesellschaftlichen Bereich, bekannt geworden unter dem Schlagwort der Arbeiterselbstverwaltung.

In den nahezu regelmäßig stattfindenden jugoslawischen Verfassungsänderungen blieben zwei Grundrichtungen stets beibehalten. Zum einen, daß es nur einen Typ von gesellschaftlichen Unternehmen gab, zum zweiten, daß die Organisation der Wirtschaft im wesentlichen (obwohl zahlreiche Gesetze Konkretes regeln sollen) durch das „Grundgesetz über Unternehmen" geregelt wird. Eben darin ist die „Arbeiterselbstverwaltung" Grundsatz.

Arbeiterselbstverwaltung und Produzentendemokratie

Verschiedenen jugoslawischen Theoretikern zufolge, allen voran dem langjährigen Cheftheoretiker des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Edvard Kardelj, ist die Arbeiterselbstverwaltung, die ab 1953 eingeführt und in den folgenden Jahren immer mehr ausgeweitet wurde, die korrekte Umsetzung der klassisch marxistischen Vorstellungen, daß die Verstaatlichung des enteigneten Privatbesitzes der Kapitalisten nur Anfang eines Prozesses ist.

Die Arbeiterselbstverwaltung, so die These Titos und seiner Anhänger, sei eben die reale Form in der, anstelle einer bloßen Verstaatlichung, eine wirkliche — im marxistischen Sinne — Vergesellschaftung verwirklicht würde.

Der Gedanke, daß Verstaatlichung „nicht alles" sein kann, ist aber auch das einzig „gemeinsame" zwischen den Überlegungen und Schlußfolgerungen von Karl Marx, den Thesen des ZK der KPD und der titoistischen Wirklichkeit.

Drei grundlegende Tatsachen sind es, die zeigen, daß die titoistische Organisation der Wirtschaft gegen sozialistische Ziele steht.

Die erste ist, deutlicher als in den Ländern des angeblichen realen Sozialismus, die Aufgabe der einheitlichen Wirtschaftsplanung.

Diese Planung wird auch nicht, wie manche These lautet, ersetzt durch regionale Planung, sondern vor allem durch ein inzwischen durch zahlreiche juristische Vorgaben umrissenes Vertragswerk zwischen Wirtschaftsunternehmen. In der Realität handelt es sich um selbständig wirtschaftende Unternehmen. Die Vorgaben, die in sogenannten Plänen gemacht werden, sind auch nicht entfernt der Art, daß davon gesprochen werden könnte, es handele sich um einen einheitlichen Wirtschaftsprozeß.

Für den sogenannten Fünfjahrplan bis 1980 wurde, wieder einmal, ein neues Planungssystem, die „konvergent-integrative Planung" verwirklicht, das im wesentlichen eine Regionalisierung des sozialpolitischen Bereichs und eine Zusammenfassung bereits abgeschlossener Wirtschaftsverträge mit einigen Elementen zur Lenkung von Investitionen ist.

Belegschaftseigentum?

Die zweite Tatsache, die zu erwähnen ist, das Kernstück der „Arbeiterselbstverwaltung" ist das Belegschaftseigentum. In der titoistischen Theorie gibt es dieses Eigentum ausdrücklich nicht, denn gesetzlich gehören die Produktionsmittel „niemandem". Aber natürlich gibt es Entscheidungen: über die Schließung eines Betriebs bis hin zur Debatte über die Verwendung der Gewinne. Und dies eben sollen „die Belegschaften" tun, so daß es sich als ein Widerspruch in sich erweist, von keinem Eigentum zu sprechen, Bestandteil des Verwirrspiels in Jugoslawien.

Nur: Belegschaftseigentum auf der Basis frei wirtschaftender Unternehmungen (und anders hat es ja keinen Sinn) mit Betrieben, die auf Gewinn ausgerichtet sind — das bedeutet Markt und Konkurrenz. Diese beiden typisch kapitalistischen Phänomene sind wesensmäßig Bestandteil der titoistischen Arbeiterselbstverwaltung. Markt und Konkurrenz: Das sind, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus eben nicht abstrakte Fragen. Das sind Fragen, die sich ganz konkret, und oft genug sehr brutal, auf die Arbeitsbedingungen auswirken. Das heißt zunächst einmal, daß die individuelle Produktivität das Entscheidende ist, vor der gesellschaftlichen. (Bei der ersteren sind beispielsweise Ausgaben für Sozialpolitik, wie aus der BRD bekannt, lediglich ein „Kostenfaktor", der die Konkurrenzfähigkeit schmälert, bei der zweiten, sozialistischen Art des Herangehens, sind sie sinnvoll). Unabhängig — zunächst — von der Frage des Eigentums, zumal seiner juristischen Form, (und das heißt im konkreten unabhängig von der Herausbildung neuer Klassenverhältnisse), bedeutet eine Organisation der Wirtschaft auf Basis konkurrierender Unternehmen die — faktisch — bedingungslose Steigerung der Arbeitsproduktivität, mit all ihren Folgen von Arbeitshetze bis Arbeitslosigkeit. In der Eigentumsfrage schließlich legt solch eine Organisationsweise über den Weg der Verschiebung der realen Verfügungsgewalt die Entstehung neuer Prozesse der Klassendifferenzierung nahe.

Von betrieblicher Arbeiterselbstverwaltung, um einmal den Begriff zu benutzen, kann ernsthaft nur gesprochen werden, wenn es eben keinen bindenden Wirtschaftsplan gibt (wie immer der auch zustande kommen mag) und in diesem Zusammenhang heißt dann auch bei Gewinnorientierung die Schlußfolgerung Kampf um den Markt — das ist das, was die Theoretiker in Jugoslawien in der Regel zu verschweigen suchen.

Als dritte Tatsache ist hier zu erwähnen, daß auch die Kreditvergabe nach diesem Motto geschieht (2). Dementsprechend gibt es also noch nicht einmal eine wirtschaftliche Steuerung über Kredite, sondern auch hier den freien Kreditmarkt. Zu erinnern ist daran, daß der in allen Sparten „einheitliche Unternehmungstyp" eben auch für das Bankwesen gilt, also das sogenannte Belegschaftseigentum.

Ergebnisse

Ein Blick auf die jugoslawische Wirklichkeit dieser Jahre zeigt, wie verheerend die Auswirkungen dieses Systems für die Arbeiterklasse der Völker Jugoslawiens sind. Wobei den jugoslawischen Propagandisten sicher recht zu geben ist, wenn sie stets auf die Entwicklung des Landes hin zu einem Industrieland hinweisen — aber als Argument für den sozialistischen Charakter der Gesellschaft kann dies nicht dienen.

Dem widerspricht bereits, daß 1978 der Anteil der Akkumulation, der aus äußeren Quellen, das heißt Krediten und „Gastarbeiterüberweisungen" herrührt, sage und schreibe 30,2 Prozent betrug (und seitdem durch eine extensive Sparpolitik reduziert wurde). (3)

Rund 20 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden, eine Inflation, die an die 40 Prozent heranreicht, ein — nach offiziellen Statistiken — sinkender Lebensstandard der Werktätigen, eine Arbeitslosenrate von über 13 Prozent: alles das sind aktuelle Ergebnisse dieser Art der Wirtschaftsorganisation. Die Lasten gehen auf Kosten der Arbeiterklasse und der werktätigen Menschen.

Noch andere Erscheinungen struktureller Art weisen darauf hin, daß es sich um keine sozialistische Entwicklung handelt. So ist beispielsweise der Lohnunterschied zwischen der bestbezahlten und der schlechtbezahltesten Branche in Jugoslawien deutlich höher als etwa in Italien, Schweden oder Großbritannien. Es handelt sich dabei um das Verhältnis zwischen Textil- und Erdölindustrie. In Schweden besteht ein durchschnittliches Verhältnis von 1:1,23, Großbritannien 1:1,46, Italien 1:1,57 in Jugoslawien aber 1:2,20. Ein solcher Grad — zudem noch wachsender — Lohndifferenzierung ist keine „sozialistische Errungenschaft" sondern Ergebnis der Gewinnorientierung konkurrierender Betriebe, wie auch die Arbeitslosigkeit.



Panzer im Kosovagebiet: Die nationale Unterdrückung ist einer der wesentlichen Bestandteile des Titoismus

Parallelen?

All solche Strukturen (und die aus ihnen hervorgehenden Entwicklungen) sind in den Thesen des ZK der KPD auch nicht entfernt zu erkennen — wer auch nur ein bißchen überlegt, kann das leicht feststellen.

Diese Art der „Kritik" verkennt, ob absichtlich oder nicht, daß es in den Thesen gar nicht um die Eigentumsfrage an sich geht, sondern darum, was auf der Basis der Verstaatlichung wirklich passiert, wer die Verfügungsgewalt hat, wer Entscheidungen trifft. Die Kritik, das — reale — Belegschaftseigentum als Prinzip der Wirtschaft sei antimarxistisch, trifft im Grundsatz durchaus zu, nur trifft sie nicht die Thesen des ZK der KPD, sondern den Titoismus (auch wenn sie nirgends inhaltlich geführt wurde, was die Leserbriefe betrifft, die hiermit angesprochen sind).

Daß es ein qualitativer Unterschied ist, ob es sich um eine zersplitterte, in gegeneinanderstehende Einzelinteressen aufgespaltene Arbeiterklasse gibt oder um — beispielsweise — Gewerkschaftsorganisation, die das Kommando der Wirtschaft innehat, liegt nur bei einiger Verblendung nicht nahe.

Daß es ein qualitativer Unterschied ist, ob es einen einheitlichen Wirtschaftsplan gibt, der auf Grundlage einer breiten Massendebatte (nicht von Planbehörden sondern von der Arbeiterklasse) beschlossen wird, oder ob einzelne Unternehmen Verträge schließen, auch das dürfte naheliegend sein.

Parallelen zwischen dem titoistischen System und dem Inhalt der Thesen des ZK der KPD gibt es also in der unterstellten Weise schon gar nicht, aber eben auch nicht ansatzweise.

Vieles andere, was es auch noch zur heutigen jugoslawischen Realität, sowie zur gesamten Geschichte der letzten Jahrzehnte zu sagen gäbe, das auch zum „Titoismus" gehört, wie etwa die Behandlung der nationalen Frage, die nationale Unterdrückung — vor allem der albanischen Nationalität im Gebiet Kosova — soll hier außen vor bleiben.

Die zentrale Feststellung bleibt, daß, bei Licht besehen, in bezug auf die Herangehensweise an die Organisation der Wirtschaft, keine Parallele zwischen dem titoistischen Konzept und den Thesen des ZK der KPD übrig bleibt.

(In der nächsten Nummer des Roten Morgen werden wir die zweite Frage behandeln, in deren Zusammenhang der „Titoismus-Vorwurf" gegen die Thesen des ZK erhoben wurde, die der „Rolle der Partei" im Sozialismus.)

Anmerkungen

1. Höhmann: Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China zu Beginn der 80er Jahre, Seite 337, Stuttgart 1983
2. Zitiert nach: Polemik über die Generallinie, S. 179, Westberlin 1971
3. Höhmann: a. a. O., Seite 340

Meldungen

Waffen für China

Als erstes westeuropäisches Land hat der NATO-Staat Italien mit der Regierung in Peking weitreichende Vereinbarungen über Waffenhilfe abgeschlossen. Nach Verhandlungen des italienischen Verteidigungsministers Spadolini in Peking, hat Italien seine Unterstützung bei der vier Millionen Mann starken chinesischen Armee zugesagt. Das soll durch die Lieferung von Waffen und Abwehrsystemen geschehen, durch technologische Assistenz und Ausbildungshilfe für Fallschirm- und Gebirgsjägereinheiten.

Nach Presseberichten soll es konkret um den Kauf von italienischen Radarsystemen, Abfangjägern, Transportflugzeugen, Hubschraubern, Tragflächenbooten, Torpedos und Minen gehen. Ein Beleg dafür, daß auch die VR China keine Ausnahme mehr bildet, beim Höherdrehen der Rüstungsspirale und der zunehmenden Militarisierung.

Wahlen in El Salvador



„Wahlen nein — Dialog und Verhandlungen ja" mit dieser Parole griff die Befreiungsbewegung El Salvadors in die Wahlen der Kommunalparlamente und Bürgermeister ein. Da das Duarte-Regime der Opposition des Volkes keinerlei Möglichkeit der parlamentarischen Vertretung läßt, wurde zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Von den restlichen Stimmen bekam die Partei des amtierenden Präsidenten Duarte die meisten, die rechtsradikale faschistische ARENA-Partei blieb in der Minderheit. Mittlerweile streiten sich Duartes Gefolgsleute und die ARENA-Partei um die Rechtmäßigkeit der Wahlen. Ein Antrag auf Wahlannullierung wurde von Duarte abgelehnt. Der Streit zwischen beiden reaktionären Gruppen um den, im wahrsten Sinne des Wortes **rechten** Weg wird weitergehen.

Ein US-Friedensplan?

Reagans Reklametrick

Auf strikte Ablehnung stieß in Nicaragua ein neuer Plan Ronald Reagans, der als „Friedensplan" getarnt, nur die Durchsetzung der alten politischen Ziele des US-Imperialismus zum Inhalt hat.

Der Reagan-Plan ist Teil der Aufforderung des US-Präsidenten an den Kongreß, 14 Millionen Dollar zur Unterstützung der Contras in Nicaragua und den Nachbarländern freizugeben. Um dieses Ziel zu erreichen, will Reagan diese Millionen für 60 Tage nicht für Waffen und Munition, sondern „lediglich" für Lebensmittel, Medikamente und Kleidung der Contras ausgeben. Also „nur" logistische Unterstützung. Die Bedingungen, die er dabei aber den Sandinisten in Nicaragua stellt, sind folgende: Sofortiger Waffenstillstand, also Aufgabe des Kampfes gegen die Contras, sofortige Gespräche der Regierung von Managua mit den Contras und Zuslassung „international überwachter freier Wahlen", daneben werden weitere „bürgerliche Freiheiten" verlangt. Der nicaraguanische Außenminister Miguel D'Escoto antwortete postwendend: Das Angebot sei kein Friedensplan, es handele sich „weit eher um eine Kriegserklärung". Wenn Reagan Frieden mit Nicaragua wolle, „dann ist es an ihm, den Krieg zu beenden". Die nicaraguanische Botschaft in Washington hatte den US-Vorschlag auch sofort als ein „reines Werbemanöver" abgetan. Mit diesem Manöver wolle Reagan den Kongreß lediglich überreden, weitere Finanzmittel für die Contra lockerzumachen. Managua werde mit den Contras niemals verhandeln, ist die eindeutige Position der Sandinisten, denn diese Organisation sei vom US-Geheimdienst CIA aufgebaut worden und werde von Mitgliedern der ehemaligen Nationalgarde des Diktators Somoza kontrolliert.

Für die Finanzforderungen an den Kongreß malte Reagan wieder Schreckensbilder an die Wand: „Wenn wir zu wenig Hilfe leisten, entscheiden wir uns für ein kommunistisches Mittelamerika mit kommunistischer Subversion, die sich nach Süd und Nord ausbreitet. Wir gehen das Risiko ein, daß 100 Millionen Menschen von Panama bis zu unserer offenen Südgrenze unter die Herrschaft prosowjetischer Regime geraten und die Vereinigten Staaten mit Gewalt, wirtschaftlichem Chaos und einer menschlichen Flutwelle von Flüchtlingen bedrohen." Mit dieser unglaublichen Panikmache sollen alle Mittel geheiligt werden, die die US-Imperialismus gegen Nicaragua und die anderen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika einsetzt.



Südafrika / Azania

Keine Ruhe am Kap

Die Unruhen unter der schwarzen Bevölkerung Südafrikas halten weiter an. In der Kapprovinz gelingt es Armee und Militär nicht — trotz schärfstem Terror und fast täglichen Morden — die Politik der Rassistenregierung durchzusetzen.

Ausgangspunkt der Kämpfe war das Umsiedlungsprogramm der faschistischen Botha-Regierung, die die schwarze Bevölkerung spalten soll — ein kleiner Teil bekommt geringe Privilegien — die der Mehrheit aber weiterhin alle politischen Rechte vorenthält und sie in Ghettos isolieren will.

Nach dem Mordtag 21. März, als 19 Menschen erschossen wurden, sind mindestens 41 Menschen getötet worden. Aber die Bewegung wurde nicht eingedämmt. Neben den Bewohnern der schwarzen Vororte gehen immer mehr mutige Südafrikaner auch in den Städten auf die Straße, demonstrieren Gewerkschafter. Die internationalen Proteste sind groß. Entscheidend ist aber, daß die US-Regierung es absolut ausgeschlossen hat, die Rassisten-Regierung durch Boykottmaßnahmen zu schwächen. Wie es in einer Erklärung des Bonner Vertreters der Widerstandsbewegung ANC (African National Congress) heißt, *„bedeutet dies die Verlängerung seiner (des Regimes, RM) Existenz und der Leiden des südafrikanischen Volkes. Es läuft auf eine Unterstützung dieser Politik hinaus, wenn die Regierung der Bundesrepublik zu den Ereignissen in Südafrika weitgehend Schweigen bewahrt und keinerlei entschiedene maßnahmen zur Beseitigung des verbrecherischen Apartheidsystems fordert noch ergreift."*

In einem Aufruf des ANC an die Bevölkerung der Bundesrepublik wird auch nochmals auf den bevorstehenden Prozeß gegen Widerstandsführer eingegangen, die wegen angeblichem Hochverrat demnächst in Südafrika einen Schauprozeß erwarten. Der ANC fordert im einzelnen die Bevölkerung der Bundesrepublik und die Bundesregierung auf:

- **sich für totale Sanktionen gegen Südafrika einzusetzen, um die Beseitigung der Apartheid zu erreichen;**
- **alle Möglichkeiten zu nutzen, daß der geplante Hochverratsprozeß eingestellt und alle sechzehn Angeklagten sofort freigelassen werden;**
- **sich für die bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas** (des ANC-Führers, RM) **und aller politischen Gefangenen einzusetzen;**
- **unterstützen Sie den ANC!**

Heftige Kämpfe im Südlibanon

Ansar nach Israel verlegt

Den folgenden Bericht über die Verlegung des Konzentrationslagers Ansar aus dem Südlibanon nach Israel und über die aktuelle Situation im Libanon entnahmen wir dem „Palästina Bulletin" Nr. 14/85, dem Nachrichtendienst der Informationsstelle Palästina in Bonn.

Bonn, 4.4.1985 (eig. Bericht) Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat sich zu einem Schritt entschlossen, der bisher wohl einmalig ist. Es hat Israel öffentlich kritisiert. Die Verlegung von 1100 Gefangenen des Konzentrationslagers Ansar im Südlibanon nach Israel nannte das IKRK eine Verletzung der Genfer Konvention. Auch amnesty international hat Israel angehalten, internationales Recht und die Genfer Konvention einzuhalten. Die Kritik dieser Organisationen, die nun wirklich jeden Vorwurf der Araberfreundlichkeit mit Fug und Recht zurückweisen können, läßt erahnen, welche Gefahren für Leib und Leben der Gefangenen bestehen. Von den rund 2000 Gefangenen in Ansar II hatte die israelische Armee nach eigenen Angaben am Donnerstag 750 freigelassen, die anderen nach Israel verschleppt. Bereits in den drei Jahren seiner Besetzung im Libanon waren wiederholt Libanesen und Palestinenser nach Israel gebracht und schrecklichen Torturen und Folterungen unterworfen worden. Dies berichteten Augenzeugen am vergangenen Wochenende auf der 3. Sitzung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk. Die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer berichtete, daß ihr persönlich viele Fälle von libanesischen Frauen bekannt sind, die im israelischen Frauengefängnis Neve Tertza entgegen allen internationalen Normen festgehalten werden.

Im Südlibanon ist inzwischen der erwartete Bürgerkrieg ausgebrochen — dank tatkräftiger Unterstützung der israelischen Armee. Mit schwerem Artilleriefeuer belegen zionistische Truppen und Falange-Milizen die palästinensischen Flüchtlingslager Myeh-Myeh und Ain El-Helweh sowie die östlichen Stadtgebiete der Hafenstadt Saida. Nationalen libanesischen Verbänden, Einheiten der regulären libanesischen Armee sowie der PLO gelang es bisher, einen versuchten Durchbruch der Milizen abzuwehren. Zehntausende von Menschen befinden sich abermals auf der Flucht.

Auch von See her operieren israelische Schnellboote und unterbinden die Versorgung der libanesischen Hafenstadt. Mehrere Schiffe wurden von der israelischen Marine aufgebracht und die Besatzung gefangengenommen. Die andauernde Beschießung und die Blockade dauert inzwischen eine Woche an. Die Zahl der Toten wird auf weit über hundert beziffert. Auch Ambulanzfahrzeuge, sei es des IKRK oder der UNWWRA wurden unter Beschuß genommen.

Die israelische Armee und die faschistischen Milizen haben inzwischen ihre Positionen verstärkt. Der israelische Verteidigungsminister Rabin erklärte am 3. April, daß Israel einen Sicherheitskordon für den Rückzug seiner Streitkräfte schaffen wolle. Beobachter sahen in dieser Erklärung die Absicht, den Libanon in religiös-sektiererische Kantone aufteilen und die islamische Bevölkerung durch Terror und Vertreibung nach Norden zwingen zu wollen. Die Zerstörung der palästinensischen Lager und libanesischen Dörfer wird auch als Racheakt für den ungebrochenen Widerstand und die fortgesetzten Angriffe auf die israelische Armee gesehen. Nach letzten Berichten aus dem Südlibanon soll die Zahl der Flüchtlinge inzwischen die Zahl von 110000 Personen erreicht haben.

Numeiri gestürzt

Pferdewechsel im Sudan

In der vergangenen Woche berichteten wir von den Hungerrevolten im Sudan. Die vom Internationalen Währungsfond verlangte Streichung von Lebensmittelsubventionen führte zu einer drastischen Erhöhung der Brotpreise. Die Unruhen weiteten sich in der letzten Woche schnell zu einem Generalstreik aus.

Staatspräsident Numeiri, der sich gerade auf dem Rückflug aus den USA in Ägypten befand, wurde Ende der vergangenen Woche vom Militär gestürzt.

Ein letzter Versuch der Regierung, den streikenden und demonstrierenden Massen ein vages Versprechen abzugeben, die Erhöhungen würden zurückgenommen, brachte keine innenpolitische Beruhigung. Die Ablösung Numeiris war zwar ein Ziel der Demonstrationen, ob aber gerade die Militärführung des Sudan die Forderungen der Bevölkerung einlösen wird, ist sehr fraglich. Dafür spricht zum einen, daß der Anführer der Putschisten ein langjähriger Vertrauter des Präsidenten ist, die Ergebenheitsadresse des Gestürzten an die Militärs, die Zusicherung der neuen Machthaber, alle internationalen Verträge zu erfüllen und weiter für ein gutes Verhältnis zu den USA einzutreten.

Der vierköpfige Militärrat im Sudan — der nach Presseberichten nicht so unblutig an die Macht kam, wie zunächst behauptet, acht Tote und 89 Verletzte hat der Staatsstreich gefordert — dieser Militärrat hat in einer ersten Stellungnahme angekündigt, er wolle jeden weiteren Streikaufruf als „Hochverrat an der Nation" ahnden. Die vielen streikenden Gruppen, unter ihnen auch Ärzte, Anwälte und Techniker haben in den ersten Tagen nach dem Putsch Versammlungen abgehalten, indem sie ihr weiteres Verhalten beraten. Die weitere Entwicklung im Sudan wird entscheidend von dem Eingehen der Militärs auf die ökonomischen Forderungen abhängen. Die ersten Stellungnahmen des Militärrats versprechen nichts, woran man einen grundsätzlichen Kurswechsel der Politik im Sudan ablesen könnte. Der gestürzte Präsident hat in Ägypten Asyl gefunden. Er soll in den Jahren seiner Amtszeit im mit Milliarden verschuldeten Sudan mehrere zehntausend Dollar für sich auf Schweizer Bankkonten „abgezweigt" haben. Damit wird er bei seinem alten Freund und neuen Partner der Militärs im Sudan Mubarak in Ägypten ein erträgliches Exilleben führen können.

Nicht radikal

Im folgenden einige allgemeine und konkrete Bemerkungen zur RM-Lektüre, die mir seit längerem auf dem Herzen liegen.

Nach einiger Zeit eifrigen Lesens sehe ich in dem Blatt nichts anderes, als daß unter kommunistischem Aushängeschild allwöchentlich im Konzert der allgemeinen Mäkelei, Beschwererei, Empörung, Betroffenheit usw. über den BRD-Staat mitgespielt wird. Man berichtet über Skandale aus Regierung, Wirtschaft, Betrieben, Ökologie oder sonst wo. Diese Berichte unterscheiden sich nur wenig von denen anderer bürgerlicher Blätter, bis vielleicht auf die obligatorischen „Betroffenheits"-Zusätze unter den Artikeln. Die Themen sind fast die gleichen — gut, zugestanden — aber bedauerlicherweise tapst der „Rote Morgen" (der mir eben unterlaufene Tippfehler „Tote M." war rein zufällig!) auf dem Pfad der Medien-Manipulationsmonopole was die Auswahl und Gewichtung der großen und kleinen Schlagzeilen und auch der Inhalte weitgehend betrifft, wie jede andere etwas liberale Zeitung auch. Die Flick-„Bestechungs"-Millionen werden in dem kommunistischen Blatt im großen und ganzen ebenfalls als „empörende" Skandalgeschichte gebracht. Es wird also die alltägliche und allernormalste kapitalistische Geschäftspraktik und -taktik zur Ausnahme stilisiert — ganz so, wie es in diesem Fall vom BDI-Bundesregierung-Medienkonzern-Triumvirat bezweckt wurde und auch — wie man sah — erfolgreich durchgeführt wurde. Der RM ist mit Millionen Menschen in „unserem" Land empört gewesen — wie schön! Für ein paar Tage war die Gerechtigkeit im kleinen wieder hergestellt — man konnte sich über einen der Exponenten des Großkapitals so richtig aufregen . . . — bis zum nächsten aufbereiteten Skandal . . . Ist das Mitmachen solcher Kampagnen seitens der KPD nur Naivität?

Weiterhin die RM-Bemerkungen zur Äthiopien-Sammlung in der BRD. Dies war eine gut inszenierte Aktion der Regierung, um Ansätze von Aufklärung und Interesse über die politischen Zusammenhänge solcher als „Katastrophen" aufgemachten Ereignisse von vornherein zu torpedieren. Einer minimalen Fragestellung durch die Öffentlichkeit durch 3-Welt-Gruppen, Hilfsorganisationen bzw. genauer deren oft kritischeren Angestellten, einiger Medien, sogar Fernsehberichte, die nur ein klein wenig über die allgemeine Oberflächlichkeit hinausgingen und zumindest so ganz am Rande Fragen nach den Ursachen offenließen wurde mit einem Schlag der Wind aus den Segeln genommen und seidem spricht niemand mehr in der BRD über Hunger in Afrika o. ä. Ein zweiter, nicht minder starker Effekt war die gute Möglichkeit durch Konzentrierung auf Äthiopien einen „antibolschewistischen" Propagandacoup im kalten Krieg zu landen. Im übrigen wurde das Thema „Afrika" hier beendet, als sich „das öffentliche Interesse" ein klein wenig auch für andere afrikanische Länder zu interessieren begann. Diesem ganzen wirklich sehr leicht zu durchschauenden Manöver ging ein „Roter" Morgen auf den Leim. Oder wollte er es?

Weiterhin das absolut unkritische Nachbeten der 35-Stunden-Forderung ohne das Manöver, das auf diese Weise, durch die kalte Küche die maximale Intensivierung der Arbeit (hier als Flexibilisierung bezeichnet) langsam einleitet zu entlarven — man beteiligte sich an der Kampagne der DGB-Führung, der Arbeiterklasse den üblen Hinterhalt zu legen, nämlich über den scheinbaren Vorteil der Arbeitszeitverkürzung völlig kampflos den festen Arbeitstag aufzugeben. Da wird man dann, wenn die willkürliche Arbeitszeitregelung und ihre Folgen wie extremste Intensivierung der Arbeit, verstärkte Entlassungen u. a. in die Praxis umgesetzt werden in den kommenden Jahren fürchterlich „empört" sein — oder so tun.

Alles in allem verläßt mich der Eindruck nicht, daß man, was KPD und RM angeht, seine eigene Wohnzimmergemütlichkeit ganz gerne hat und sich da am wohlsten fühlt. Vielleicht ist man selber Opfer des kapitalistischen Propagandaapparates geworden und merkt einfach nichts mehr. Selbst die Debatten über die diversen Klassiker nutzen nichts mehr — das Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis ist arg groß.

Vielleicht überfordert man die Klassiker ein wenig — oder zumindest tut man ihnen Unrecht — sofern man sie achtet — wenn man ihre Aussagen und Analysen zu Dogmen macht. Aber vielleicht braucht man diese Dogmen, weil man ohne diese „Richtigkeit" oder „Falschheit" nackt und bloß dastände und dieser Mantel ganz bequem ist — vielleicht nicht mehr ganz in Mode — aber auf jeden Fall bequemer hineinzuschlüpfen als einen passenden zu bauen. Keiner der noch so gewitzten ML-Scholastiker könnte dafür garantieren, daß der ein oder andere der glorifizierten Klassiker heute nicht fernab von ML-Gruppen, stände, vielleicht bei radikalen und militanten Gruppen, anstatt sich bei einer Altherrenpartei zu langweilen.

Dank ihrer Wirkungslosigkeit ist die KPD in der BRD nicht verboten — im Reigen mit verschiedenen alternativen Gruppen, Bürgerrechtsbewegungen und den Organisationen, die das Herrschaftssystem unangetastet lassen, in Theorie und Praxis.

Nur eines ist klar, der Klassenfeind entpuppt sich nicht irgendwann einmal in voller faschistischer Größe — er ist jetzt da und verschleiert seine Absichten und Taktiken sehr gut (was er nicht zuletzt aus der Geschichte gelernt hat) und ist sehr geschickt in der Prägung des Bewußtseins der Bevölkerung — in voller Kontinuität der Geschichte! Das hatte, hat und wird große Folgen haben. Der Versuch, das ich-bezogene Besitzdenken ganz tief in der Persönlichkeit zu verwurzeln, gepaart mit Unterdrückung und Barbarisierung der Gefühlswelt ist momentan einer der großen Angriffe auf die Solidarität innerhalb des Volkes. Und das ist faschistische Machtausübung mit modernen Mitteln.

Der RM kann die Verhältnisse in unserer Gesellschaft m.E. in wichtigen Punkten nicht radikal aufzeigen, vieles erscheint im Gesamtzusammenhang beschönigt und ich hatte von einem kommunistischen Blatt mehr Engagement, weniger Oberflächlichkeit und mehr Lebendigkeit erwartet.

Mit solidarischen Grüßen
A.B., Berlin

Neueste Bankrottankündigung

Im „Roten Morgen" Nr. 12 vom 22. März werden die von euch im NRW-Wahlkampf benutzten Plakate vorgestellt. In prägnanter Form sind sie, meine ich, Ausdruck des völligen Bankrotts der KPD: Vergleicht sie mal kritisch mit den Plakaten der MLPD im Wahlkampf — schlaglichtartig wird an diesen wenigen Plakaten ein prinzipieller Unterschied deutlich: revolutionäre Arbeiterpartei für den Sozialismus — oder Versacken in der Hoffnung auf die Reformierbarkeit dieses kapitalistischen Systems!

Um's nur mal an drei Punkten festzumachen:

1. Plakat 1: „Arbeit für alle — Wer die Regierung kaufen kann, kann auch die Vollbeschäftigung bezahlen". Arbeit für alle im Kapitalismus? Flick-Gelder für Vollbeschäftigung statt für Politikerkauf? Das ist die Illusion vom human zu machenden Kapitalismus, der die Grundprobleme von Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Elend lösen könne.

Keineswegs, sagt die MLPD. Gerade die Strukturkrise in der Folge der größten technischen Umgestaltung des Produktionsprozesses der Automation in Verbindung mit Elektronik bringt notwendigerweise eine massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen mit sich. Solange die Produktionsmittel in den Händen der Monopole sind, besitzen sie in ihrem Staat das Recht und die Macht, Arbeiter zu entlassen. Arbeit für alle, ein Recht auf Arbeit wird es erst geben, wenn die Arbeiterklasse die Produktionsmittel besitzt.

Deshalb mobilisieren wir die Arbeiter zum — so das Wahlplakat — zum aktiven Widerstand gegen Massenarbeitslosigkeit, das heißt, zum offensiven, selbständigen Handeln und Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit — aber nicht in der Illusion, sie im Kapitalismus beseitigen zu können, sondern als Schule des Klassenkampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sozialismus. Übrigens, wenn ihr der MLPD die Position zu „Arbeit für alle" als Variante vom „Recht auf Arbeit" nicht so recht glauben wollt — lest doch mal bei Marx nach: „Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinn ein Widersinn, ein elender, frommer Wunsch, aber hinter dem Recht auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte . . . Arbeiterklasse." (Klassenkämpfe in Frankreich, S. 51)

2. Plakat Nr. 2: „Umweltzerstörer enteignen". Es sei die Frage erlaubt: enteignen — a. durch wen und b. wer übernimmt das Ruder? Entweder glaubt ihr unterm GIM-Einfluß schon an die selbstverwalteten Inseln (direkte Demokratie? Siehe letztes Plakat!) im Kapitalismus — oder ihr meint Verstaatlichung, quasi als Variante der DKP-Forderung: Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle. Verstaatlichung, das können euch die Kollegen der VEBA oder der Salzgitter AG sicher wärmstens erläutern, bedeutet im staatsmonopolitischen Kapitalismus verschärfte Rationalisierung, Arbeitsplatzabbau, Entlassungen, Arbeitshetze — direkt durch unsere Steuergroschen finanziert.

Denn, das müßte marxistisch-leninistischen Plakatentwerfern eigentlich auch bekannt sein, der Staat ist kein neutrales Gebilde, das gar „den Unternehmerdreck wegräumt", sondern: „Das Monopolkapital hat sich den Staat vollkommen untergeordnet und seine Organe sind mit den Organen des Staatsapparates verschmolzen." (Grundsatzprogramm der MLPD) Deshalb schrieb Lenin: „Um kontrollieren zu können, muß man die Macht haben. Kontrolle ohne Macht ist eine völlig leere Phrase."

3. Dann: Die „Klammer" der Plakate — „Macht Druck von links!" Das allein ist schon die totale Kapitulation. Da kracht es in diesem System an allen Ecken und Enden: Es werden Lebensmittel produziert, die die ganze Menschheit ernähren könnten — aber tonnenweise vernichtet; da hat sich eine Arbeiterklasse herausgebildet, die den gesamten hochkomplizierten Produktionsablauf „im Griff" hat, beherrschen könnte zum Nutzen der Werktätigen — aber kraftstrotzende Jugendliche stehen auf der Straße und 60-jährige schuften sich kaputt; da wäre das Wissen, um die Krankheiten der Welt zu beseitigen — aber produziert werden biologische Kampfstoffe, um Völker mit mörderischen Krankheiten zu besiegen, Kriege zu gewinnen . . .

Und in dieser Situation wollt ihr als Marxisten-Leninisten euch mit „Druck von links" begnügen? Da kämpfen britische, deutsche, dänische, bolivianische Arbeiter erbittert gegen das Kapital, erheben sich die Völker in Nicaragua, El Salvador oder Südafrika — und ihr ruft diesem massenhaften, weltumspannenden Widerstand zu: „Macht Druck von links!"!??

„Vorwärts zum Sozialismus" kann es da doch nur heißen!

„Wählt MLPD!" — das ist unsere „Klammer" auf den Plakaten, die dazu auffordert, unserer sozialistischen Zielvorstellung und den Klassenforderungen der Arbeiter in der nächsten Zeit Nachdruck, Unterstützung und Gewicht zu geben.

Viele von euch haben sich sicherlich ursprünglich in der KPD organisiert, um die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung zu beherzigen und anzuwenden auf die Führung des Klassenkampfes in der BRD. Diese Partei ist nicht die KPD, sondern die MLPD. Die ganze „Sozialismus-Debatte" macht die Abkehr von grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus immer offenkundiger. Setzt euch mit der MLPD, dem Programm, dem theoretischen Organ „Revolutionärer Weg" auseinander — insbesondere der jüngst erschienenen Nummer „Krisen und Klassenkampf" — kämpft mit und in der MLPD für den Sozialismus!

M.G.

PS: Ich bin mords darauf gespannt, ob die Freiheit der Kritik in euren Leserbriefspalten auch die MLPD einschließt!?

Anmerkung der Redaktion

Zum Leserbrief der MLPD-Genossin ist folgendes zu sagen: Sicher werden wir die Spalten unserer Zeitung nicht für eine der üblichen platten MLPD-Kampagnen zur Verfügung stellen. Gegen eine sachliche Debatte ist nichts einzuwenden. Das ist unabhängig von ganz entgegengesetzten MLPD-Praktiken in der „Roten Fahne". (Dort gibt es eine „Freiheit der Kritik" nicht mal für die eigenen Leute). Zum Inhalt: Wir werden der MLPD künftig den Gefallen nicht mehr tun und ihre angeblich so toll richtungsweisenden Werke nicht kritisieren. Das — nur von der MLPD selbst — so vielgelobte Werk „Krisen und Klassenkampf" werden wir in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen" besprechen. Der rituellen Aufforderung, sich „damit auseinanderzusetzen", können wir uns in diesem Fall nur anschließen, dann wird jeder sehen können, wer den revisionistischen Thesen nahesteht . . .

Antwort

Betr.:
Antwort auf den Leserbrief von K.P. aus Jembke bei Wolfsburg. Titel: „Aufforderung" im RM Nr. 11/1985, Seite 9, Spalte 2 und 3

Lieber Genosse K.P.!
Ich bin seit einem Vierteljahr, nach über vierjähriger „Abstinenz" wieder regelmäßiger und begeisterter RM-Leser und fühle mich in manchen Punkten, in manchen nicht, durch die KPD vertreten.

Diese Fragen und Punkte genau zu erklären, soll nicht der Gegenstand meiner Leserzuschrift sein, sondern dein Aufruf um Antwort bezugs deines Leserbriefs im RM Nr. 11/85 „Aufforderung". Ich fühle mich aufgefordert, dir zu antworten! Natürlich habe ich keine Anhung, und es geht mich auch nichts an, was das ZK der KPD und die RM-Redaktion dir zusendet, ich jedenfalls möchte dir folgendes entgegnen:

Du schreibst richtig von einer Kette von Auflösungsprozessen, du schreibst von der Auflösung der KPD/AO, März 1980 hin zu den GRÜNEN, von der Spaltung des KB 1979 und schließlich von der Auflösung des KBW 1985, soweit deine Aufzählung. Du vergißt allerdings da eine weitere Organisation, deren Schlagwörter du dir zu eigen gemacht hast (dazu später), nämlich die MLPD, den früheren KABD! Auch der KABD, heute MLPD, war sehr stark von diesen Auflösungstendenzen betroffen. Ich erinnere dich an die Abspaltung im Saarland und Hessen 1976, später an die Auseinandersetzungen in Bayern und Franken (ehemaligen KABD-Ortsgruppen in München, Erlangen, Würzburg, etc. 1979 bzw. 1980.

Nun hat es sich der KABD „leicht" gemacht, diese „bösen Jungs und Mädchen", die da nicht mehr mitmachen wollten, aus den verschiedensten Motiven, die waren „Spalter" und „Liquidatoren" und einiges Schlimmes mehr. Es waren noch mehrere andere Gebiete beim KABD von diesen Auflösungstendenzen betroffen, z. B. Ulm, Südwestdeutschland, ja sogar die ganz strammen KABD-Ortsgruppen in Nordrhein-Westfalen, wie Duisburg und Düsseldorf. Du wirst weiteres an Informationen im öffentlichen Rechenschaftsbericht zum IV. Delegiertentag des KABD bzw. 1. Parteitag der MLPD nachlesen können.

Zu deinen Schlagwörtern und Begriffsklötzen in deinem Leserbrief RM 11/85: Da ist bei dir die Rede von einer „kleinbürgerlichen Denkweise", die automatisch dazu führt, oder besser gesagt: dazu führen soll, daß diese Organisationen wie KB, KBW, AO ihr Ende gefunden haben. Dem gegenüber konstruierst du eine „proletarische Denkweise" und wenn man diese hat, ist alles gut. Das wäre ja fein, wenn das so einfach nach KABD/MLPD-Rezeptur wäre, nur liegen die Probleme oft schwieriger, wie es Schablonenschieber haben wollen.

In deinem Leserbrief erklärst du nicht, was eine kleinbürgerliche und eine proletarische Denkweise bedeutet. Ist etwa Klassenlage automatisch Klassenstandpunkt? Ist jemand aus proletarischem Hause gleich erfüllt von der „proletarischen Denkweise"? Was ist mit Kollegen, die feste bei der SA waren, was ist mit Kollegen, die heute CDU wählen, haben die deiner Logik und Begriffsbestimmung nach auch eine proletarische Denkweise?

Weiter: Lenin hat in den Jahren 1899 bis 1910 sehr viel über spontanes Arbeiterbewußtsein und höheren sozialistisches Bewußtsein geschrieben (kleiner Tip, Genosse K.P., mehr Lenin lesen, weniger „Revolutionärer Weg"). Lenin wandte sich gegen das Anbeten des reinen spontanen Arbeiterbewußtseins (Gewerkschaftlerei), sondern gab der bolschewistischen Partei, der **Vereinigung** von spontanem Arbeiterbewußtsein und wissenschaftlichem Sozialismus eine Schlüsselrolle.

Der Fehler der Organisationen KB, KBW, KPD/AO lag zweifellos an ihrer Herkunft aus dem SDS, der Studentenbewegung, mit der nie richtig gebrochen wurde, dann im Schematismus, im Sektierertum und in der gesamten Phraseologie.

Wenn du der Ansicht bist, daß die KPD (früher KPD/ML) eine kleinbürgerliche Denkweise hat, so steht das im Widerspruch zur Klassenlage vieler KPD-Genossen. Und wenn du meinst, daß der Kurs der Partei „opportunistisch" sei, dann führe einen sachlichen, korrekten Kampf mit Beweisen, so daß man dir eventuell zustimmen kann. Stattdessen schmeißt du nur mit Begriffen um dich, wie „kleinbürgerliche Denkweise" und „Liquidatorentum" ohne sie zu erklären, und konkrete Zusammenhänge herzustellen. Zum Beispiel sehe ich auch kein Liquidatorentum, die KPD kommt mir gar nicht aufgelöst vor.

Zuletzt noch etwas zu deinen Forderungen: „Beendigung der Programmdebatte", willst du die notwendige Diskussion abwürgen? — „Kritik und Selbstkritik-Kampagne in der Partei entfachen" — willst du eine maoistische Selbstzerfleischung wie in den siebziger Jahren, wenn ja (diese alten „Cracks" soll es ja noch geben, wahre Fossilien), dann erkläre bitte auch, wie so eine Kritik- und Selbstkritik-Kampagne praktisch aussehen soll.

Ich werde den Verdacht nicht los, daß es bei dir nicht darum geht, wie man die Politik der KPD auf eine neue Stufe hebt, sondern du zu dem „linken" Flügel gehörst, der auf eine herbeiphantasierte Auflösung wartet.

Mit Sozialistischen Grüßen
G. aus Frankfurt

3 Ferienbonbons mit der KJD

20.Juli — 3. August

im Sommer 85

Bonbon 1 vom **20.7.—28.7.85** eine Woche Segeltörn auf dem Ijsselmeer, auf einem alten Frachtsegler, der zu einem schönen Segelschiff mit Wohn- und Schlafplätzen umgebaut wurde. Tagsüber wird gesegelt unter fachmännischer Anleitung (Skipper + Maat), abends ist Ankern in einer der schönen alten Hafenstädte des Ijsselmeeres angesagt. Selbstverpflegung an Bord. Von Angeln, Baden, Diskutieren, Faulenzen, Kochen über Segeln, Navigieren (Seekarten lesen usw.) bis zum Schwoof ist also alles drin.

Und das alles für nur 295,00 DM!

Die Zahl der Plätze ist begrenzt und wir müssen schnell eine feste Anmeldezahl haben. (Wg. dem schnöden Mammon!) Deshalb ist der Anmeldeschluß dafür verbindlich: **10. April!!!** Gültig ist die Anmeldung nach der Reihenfolge und nach Anzahlung von 100,00 DM!!

Bonbon 2 vom **27.7.—3.8.85** Campingurlaub in Hellevoetsluis an der Mündung von Maas und Waal. Vom Zeltplatz über den Deich sind es ca. 300 m bis zum Wasser (Süßwasser! Klaus hat es probiert!) Zum Nordseestrand mit „richtigem" Salzwasser (für alle Nordseekrabben) sind es ca. 5 km, die aber leicht per Rad zurückzulegen sind. Verpflegung wie üblich selbst. Und nun der Bonbon, Bonsche, Klümpchen, Bollen, oder wie auch immer diese süßen Dinger heißen mögen:

Wir haben vor, Jugendliche aus England einzuladen, die an dem Bergarbeiterstreik beteiligt waren. Mit Hilfe der Partei und den Spendenaufrufen in RM und RR hoffen wir, das es klappt. Das wäre dann **die** Gelegenheit, über alle brennenden Fragen in dem Zusammenhang zu reden. Internationalismus live!!

Diese Woche für nur 170,00 DM!!! Anmeldeschluß: **31. Mai 85**

Bonbon 3: vom **20.7.—3.8.85** Ferien mit der KJD. Segeltörn auf dem Ijsselmeer und Camping live für nur 425,00 DM!!!

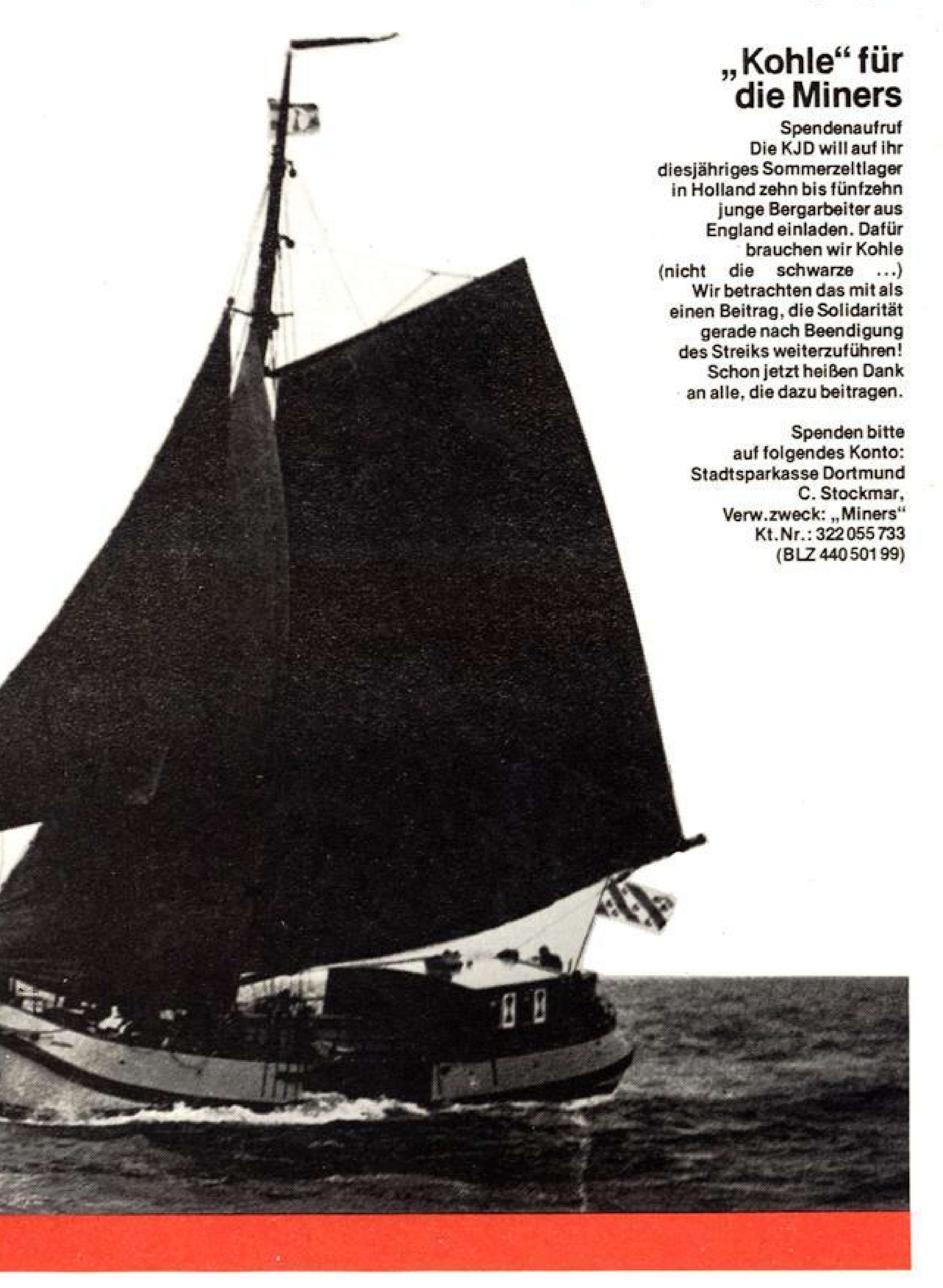
Für die Anreise muß jeder selbständig sorgen.

„Kohle" für die Miners

Spendenaufruf

Die KJD will auf ihr diesjähriges Sommerzeltlager in Holland zehn bis fünfzehn junge Bergarbeiter aus England einladen. Dafür brauchen wir Kohle (nicht die schwarze ...) Wir betrachten das mit als einen Beitrag, die Solidarität gerade nach Beendigung des Streiks weiterzuführen! Schon jetzt heißen Dank an alle, die dazu beitragen.

Spenden bitte auf folgendes Konto: Stadtsparkasse Dortmund C. Stockmar, Verw.zweck: „Miners" Kt.Nr.: 322 055 733 (BLZ 440 501 99)



Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (02 31) 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 39 38 88, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20 931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 44 30 14.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430 07 09, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 46 65 29.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

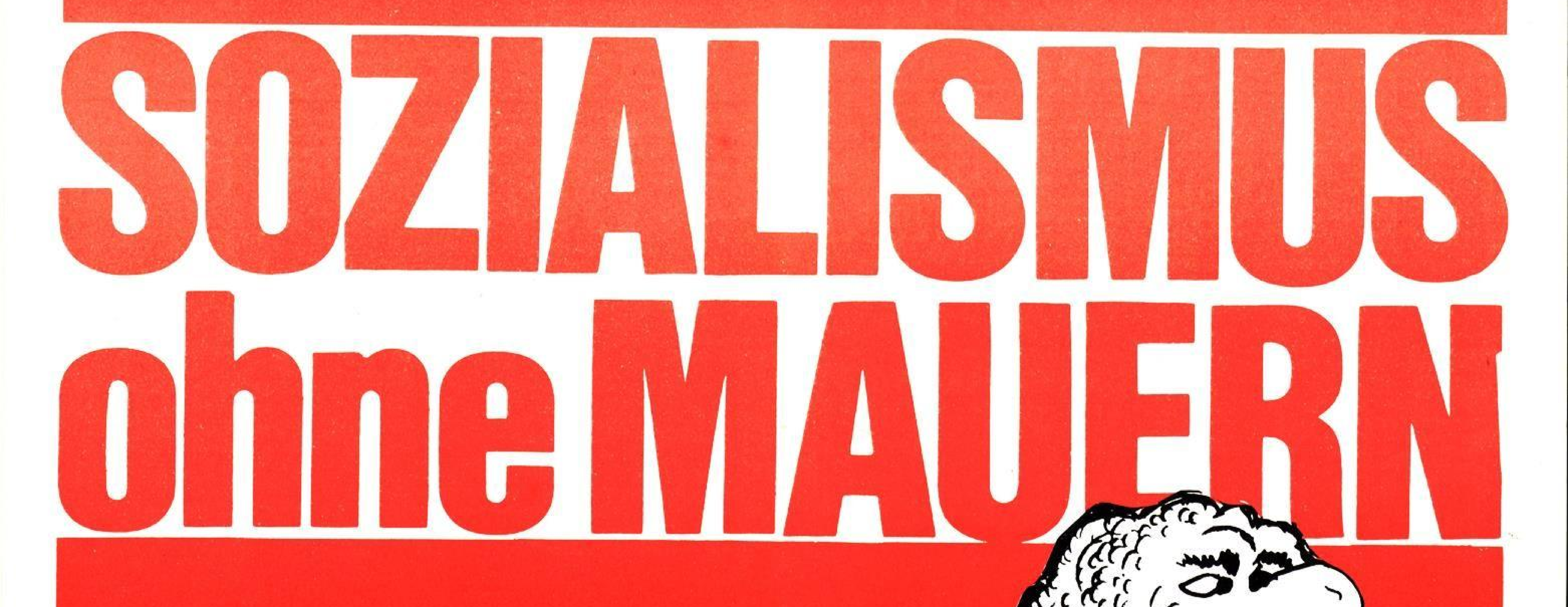
5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 413 18.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 43 23 88, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

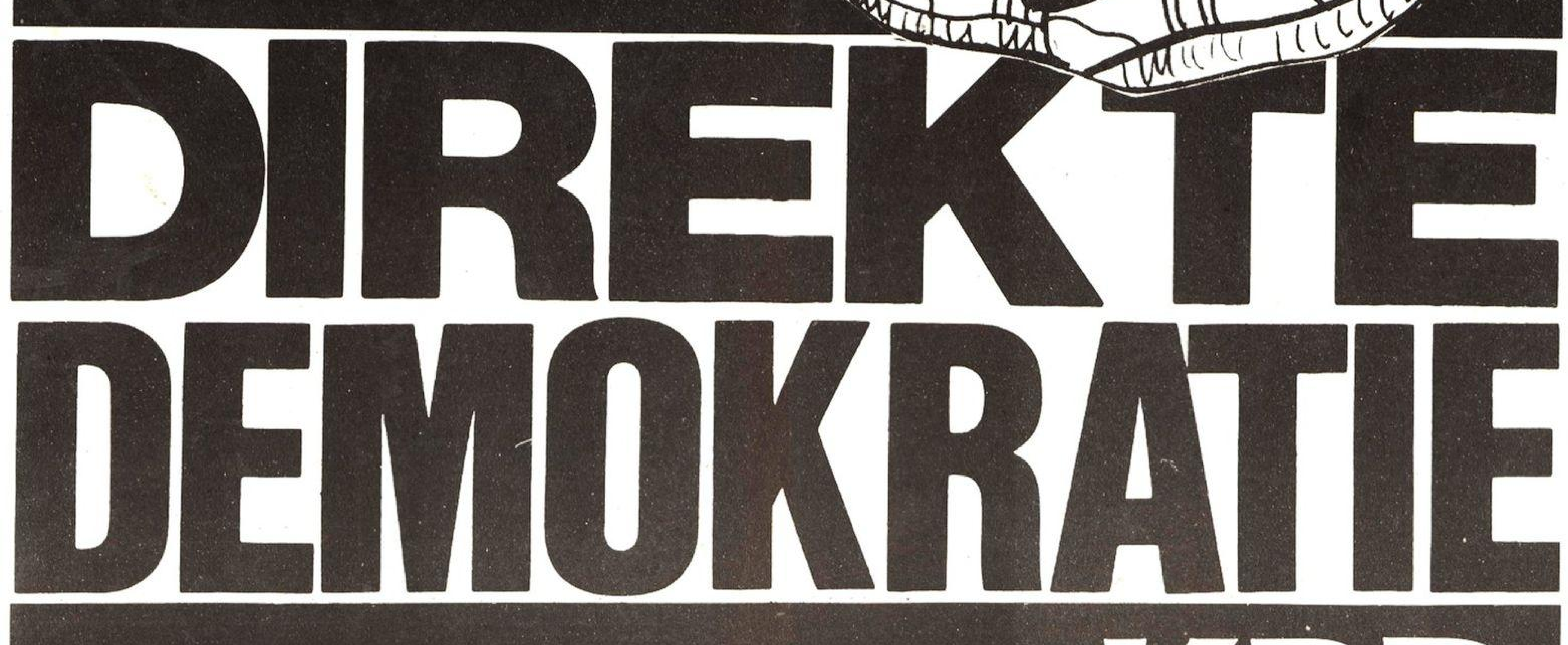
KPD Saar: 6685 **Schiffweiler**, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.



*Woran wir kranken,
ist die Macht der
Konzerne & Banken*

CDU Buh



Macht Druck von links! **KPD**

Die Reichen sollen zahlen!

Arbeit für alle

durch Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramm

Mehr als 720000 Menschen sind in NRW arbeitslos. Und es werden in den kommenden Jahren weitere zigtausend Arbeitsplätze vernichtet werden. Roboter bei Opel und Ford, Mikroelektronik in den Verwaltungen, Fusionen in der Stahlindustrie und Zechenschließungen. NRW ist Spitze — zwar nicht in der Fußball-Bundesliga — dafür aber in der Arbeitslosigkeit. 10 Prozent im Landesdurschschnitt und Rekordmarken in den Städten: Dortmund 18 Prozent, Gelsenkirchen 17 Prozent, Castrop 16,7 Prozent, Duisburg 16,6 Prozent ...

Arbeitslosigkeit ist für alle großen Parteien Wahlkampfthema, doch von Vollbeschäftigung spricht heute niemand mehr!

• CDU und FDP behaupten: Der Aufschwung schafft Arbeitsplätze. Tatsache ist: 2 1/2 Jahre Wenderegierung in Bonn haben einen Aufschwung für die Unternehmergewinne gebracht und neue Rekordmarken für die Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer investieren nicht oder nur, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren — und das trotz Rekordgewinnen und großzügigen Steuergeschenken der Bundesregierung.

Nun wollen CDU und FDP die Wende auch in NRW. Wenn es nach ihnen geht, sollen in NRW

- **weitere Zechen sterben und die Stahlindustrie noch mehr schrumpfen**
- **Unternehmen der neuen Technologie Steuergeschenke in Millionenhöhe erhalten,**
- **öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden,**
- **Sozialleistungen weiter zusammengestrichen werden.**

Die SPD verteidigt sich gegen die Schwarzmalerei der CDU und behauptet: „Mit der Wirtschaft in NRW geht es aufwärts. Sozialdemokraten in NRW kämpfen für gesicherte Arbeitsplätze." Tatsache ist: Der Bonner Unternehmerpolitik wird durch die SPD keine wirkliche Arbeiterpolitik entgegengesetzt. Milliarden hat die Landesregierung den Konzernen und Banken gezahlt, ohne daß sie von ihnen die Garantie neuer Arbeitsplätze verlangt hat. So dienten unsere Steuer-

trotz gegenteiliger Beteuerungen der SPD wird dieser technologische Wandel nicht im Interesse der arbeitenden Menschen vollzogen, er wird erneut Tausende von Arbeitsplätzen kosten!

Tatsache ist: Arbeiterinteressen lassen sich mit Unternehmerinteressen nicht vereinbaren. Wir brauchen Arbeit, während die Unternehmer mit möglichst wenig Arbeitern rationell produzieren wollen. Entweder, oder? — so steht die Frage. Die KPD tritt für eine Arbeitsmarktpolitik ein, die sich eindeutig an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiert — die gegen die Unternehmerinteressen erkämpft werden muß!

- drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich
- Herabsetzung des Rentenalters
- Abbau der Überstunden
- ein Beschäftigungsprogramm, das neue Arbeitsplätze in der Industrie, im Umweltschutz, sozialen Wohnungsbau und öffentlichen Dienst schafft.

Dafür muß eine Landesregierung in NRW eintreten. Sie muß sofort:

- die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im öffentlichen Dienst einführen
- die Stellenstreichungen im Krankenhaus- und Schulbereich zurücknehmen
- Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen ausweiten
- Bergbau und Stahlindustrie verstaatlichen und den Erhalt der Arbeitsplätze garantieren
- ein Gesetz beschließen, das Massenentlassungen genehmigungspflichtig macht.

Um diese Politik zu finanzieren:

• werden alle Zuschüsse an Unternehmen gestrichen, die die Vernichtung von Arbeitsplätzen (Kopfprämien) fördern. Staatliche Unterstützungen müssen rechtsverbindlich an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden werden. Dies unterliegt der Kontrolle durch die Betriebsräte.

• die Gewerbesteuer-Befreiung für zahlreiche Unternehmen wird rückwirkend aufgehoben, die Vermögenssteuer wird heraufgesetzt und Zinsleistungen an die Banken für Schulden der öffentlichen Hand werden eingestellt.

O Ich möchte Informationsmaterial über die KPD
O Ich möchte zur Veranstaltungen eingeladen werden
O Ich möchte eine Probenummer der Wochenzeitung der KPD
O Ich möchte Mitglied der KPD werden

Einsenden an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Wählt KPD!

Macht Druck von links! KPD

V.i.S.d.P.: H. D. Koch, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103 Druck: Platzmann Druckerei, Dortmund

Wer nicht ausbildet — soll zahlen!

60000 Jugendliche waren nach Angaben des DGB 1984 in NRW arbeitslos. In diesem Jahr erleben wir einen Rekordansturm von bundesweit 780000 Jugendlichen auf die Lehrstellen.

Das duale Berufsausbildungssystem, das allein die Unternehmer über die Anzahl der Lehrstellen bestimmen läßt, wird sich erneut als unfähig erweisen, der Jugend eine sinnvolle, qualifizierte und zukunftsorientierte Berufsausbildung zu garantieren. Zigtausend Lehrstellen fehlen. Zigtausend Jugendliche lernen Berufe, die es morgen nicht mehr gibt. Hunderttausende werden mit 15 ins Abseits gedrängt, in ihrer Persönlichkeit entwertet, weil sie für die kapitalistische Produktionsweise tatsächlich wertlos sind!

Ohne Eingriffe in die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Lehrstellen wird sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht lösen lassen.

Alle anderen „Konzepte sind gescheitert:

• Die CDU verarscht Jugendliche mit Lehrstellenversprechen, vertraut auf den Aufschwung und die Vernunft der Unternehmer. Die CDU-Parole lautet: „Ausbildungshemmende Vorschriften beseitigen" — das heißt: Aushölung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und andere Maßnahmen, um für Unternehmer die Ausbildung kostengünstiger zu gestalten.

Ergebnis: Seit in Bonn die CDU regiert, steigt die Jugendarbeitslosigkeit immer weiter an. Wenn vereinzelt Lehrstellen geschaffen wurden, dann im Handwerk, oft in Bereichen ohne Zukunftsaussichten.

• Die SPD setzt auf staatliche Subventionen und lobt sich selbst damit, in diesem Jahr 675 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt zu zahlen.

Ergebnis: Viele Steuergelder — wenig Lehrstellen. Hauptsächlich fließen die Gelder in zahlreiche „Warteschleifen", die Jugendliche aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden lassen, ihnen aber keine vollwertige Berufsausbildung garantieren. Und ganz direkt profitieren die Unternehmer von diesem Geld, ohne daß sie eine echte Gegenleistung erbringen müssen: 10000 Mark bekommen sie pro neugeschaffenen Ausbildungsplatz, so daß sie nur noch 30 Prozent der Ausbildungsvergütung zu zahlen brauchen!!!

Völlig zu Recht wirft deshalb der DGB der Landesregierung vor, mit staatlichen Geldern die Unternehmer aus der Pflicht zu entlassen, Lehrstellen zu schaffen. Der DGB fordert statt Subventionen eine „Überbetriebliche Umlagenfinanzierung". Das heißt: alle Betriebe — auch die 45 Prozent, die zur Zeit nicht ausbilden — sollen durch eine Ausbildungsabgabe zur Kasse gebeten werden. Aus diesem Geld sollen dann fehlende Ausbildungsplätze finanziert werden. **Johannes Rau lehnt diese Forderungen aus Rücksicht auf die Unternehmer, auf Kosten der Jugendlichen ab.**

Die KPD erklärt:

Die Jugendarbeitslosigkeit kann nur im Kampf gegen die Unternehmerinteressen beseitigt werden. Die Unternehmer sind unfähig dazu ausreichend Lehrstellen zu schaffen. Deshalb muß die Berufsausbildung genauso wie die Schulausbildung eindeutig in den Verantwortungsbereich des Staates fallen. Die Unternehmer sollen zahlen. Sie haben das Geld und den Nutzen. Nur auf diesem Weg kann jedem Jugendlichen eine Lehrstelle seiner Wahl garantiert werden.

Die KPD fordert:

- Gesetzliche Verpflichtung der Großbetriebe zur Berufsausbildung! 10 Prozent der Arbeitsplätze müssen Lehrstellen sein!
- Schaffung überbetrieblicher Kommunaler Ausbildungszentren!
- Quotierung für Mädchen und ausländische Jugendliche bei der Besetzung der Ausbildungsplätze!
- Ablösung der betrieblichen Ausbildungsfinanzierung durch eine überbetriebliche Umalgenfinanzierung!
- Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht der Lehrlinge über alle Fragen der Berufsausbildung! Damit ihren Forderungen nach einer sinnvollen Ausbildung Rechnung getragen werden kann.

O Ich möchte Informationsmaterial über die KPD
O Ich möchte zur Veranstaltungen eingeladen werden
O Ich möchte eine Probenummer der Wochenzeitung der KPD
O Ich möchte Mitglied der KPD werden

Einsenden an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Wählt KPD!



V.i.S.d.P.: H. D. Koch, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103 Druck: Platzmann Druckerei, Dortmund

Die Landtagswahlen finden nicht statt ... ... für 1,5 Millionen Ausländer

Seit 20 Jahren leben und arbeiten ausländische Frauen und Männer mit ihren Familien bei uns. Viele Ausländer wurden hier geboren. NRW ist ihre Heimat. Ohne die Ausländer wäre vieles, was als wirtschaftlicher Fortschritt und Wohlstand bezeichnet wird, unmöglich gewesen. Die Ausländer zahlen Steuern und haben alle Pflichten eines deutschen Staatsbürgers (mit Ausnahme der Wehrpflicht) – doch Rechte, selbst das elementare Wahlrecht, werden ihnen verweigert.

Reaktionäre und faschistische Kreise entfachen eine massive Hetz-Kampagne, um Haß und Feindlichkeit zu schüren. Es wird behauptet: „Ausländer nehmen Deutschen den Arbeitsplatz weg" – „Ausländer überfremden Deutschland". Tatsache ist: 1984 verließen 300 000 Ausländer die BRD. Kein einziger Arbeitsplatz wurde dadurch geschaffen. Deutsche Unternehmer rationalisieren unsere Arbeitsplätze weg! Tatsache ist: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung geht ausländisch Essen, besucht ausländische Kulturveranstaltungen oder kauft in ausländischen Geschäften ein. Ausländer werden also nicht als „Überfremdung", sondern als Bereicherung empfunden.

„Ausländer raus" ist heute nicht nur eine rassistische Hetz-Parole, sondern Bestandteil Bonner Ausländerpolitik. Die reaktionärsten Kräfte in den Unternehmerverbänden und der CDU/CSU wollen eine massive Entrechtung und Vertreibung der Ausländer. Dem Widerstand der Kirchen – nicht der SPD – ist es zu verdanken, daß diese Politik noch nicht voll greift.

Während in anderen SPD-Bundesländern (z. B. Hessen) gewisse Ansätze einer Opposition zur Bonner Ausländerpolitik erkennbar sind, geht der rechte SPD-Flügel in NRW eine große Koalition mit der CDU ein. Am 24. 10. 1984 verabschiedete der Landtag einstimmig Richtlinien für die Ausländerpolitik in NRW.

Obwohl verfassungsrechtlich die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für Ausländer durch eine einfache Änderung des Wahlgesetzes im Landtag möglich ist, erklären SPD und CDU gemeinsam: Ausländer bekommen in NRW kein Wahlrecht.

Damit fällt die SPD nicht nur weit hinter Forderungen der IG Metall, der Kirchen und der FDP zurück, sie muß sich auch den Vorwurf gefallen lassen, daß ihre Ausländerpolitik in den Kommunen oft keinen Unterschied zu CDU-Kommunen aufweist. Der rechte SPD-Flügel sperrt sich weiter gegen eine Direkt-Wahl der Ausländerbeiräte, gibt diesen Beiräten keine handlungsfähigen Rechte, will noch nicht einmal eine/n ausländische/n Vorsitzende/n.

In Bochum-Wattenscheid befindet sich die Landeszentrale der NPD. Von hier aus wird bundesweit die „Ausländer-raus"-Kampagne der Faschisten gesteuert. Seit Jahren fordern antifaschistische, demokratische und kirchliche Kreise die Schließung der NPD-Zentrale. Die Landesregierung weigert sich, tätig zu werden. Sie duldet und schützt (durch Polizeieinsätze usw.) die Aktivitäten der Faschisten in unserem Land.

Die KPD erklärt:

Wer die Integration der Ausländer will, der muß der Ausländerhetze offensiv entgegentreten, der muß den Ausländern Rechte geben. Ohne Rechte kann sich kein Ausländer integriert oder gleichberechtigt fühlen. Integration ohne Rechte ist wie ein Fußballspiel ohne Ball.

Die KPD fordert:

- Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche
- Kommunales Wahlrecht als erster Schritt für ein allgemeines Wahlrecht
- Doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer

Das heißt: Die hier lebenden Ausländer bekommen den deutschen Paß, behalten aber ihre alte Staatsbürgerschaft. Bei uns ist die Staatsbürgerschaft leider eine heilige Kuh geblieben – die vom Ausländer die Aufgabe der eigenen Identität verlangt – während in fast allen anderen Ländern der Paß nur der Garantieschein für staatsbürgerliche Rechte ist!

O Ich möchte Informationsmaterial über die KPD
O Ich möchte zur Veranstaltungen eingeladen werden
O Ich möchte eine Probenummer der Wochenzeitung der KPD
O Ich möchte Mitglied der KPD werden
Einsenden an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Wählt KPD!

Macht Druck von links! KPD

V.i.S.d.P.: H. D. Koch, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103 Druck: Platzmann Druckerei, Dortmund

Woran wir kranken – ist die Macht der Konzerne und Banken!

Arbeitslosigkeit, Sozialabbau – und immer mehr Menschen werden aus der Sozialversicherung ausgegrenzt, in der reichen BRD gibt es neue Armut.

Weshalb?

Wenn Banken meinen, anderswo mehr Zinsen zu bekommen, drehen sie Unternehmen den Geldhahn ab. Von den Besitzern landete keiner im Armenhaus, die Belegschaften aber auf der Straße. Wenn Nixdorf einen ganzen Forderungskatalog aufstellt und droht, bei Nichterfüllung werde er ins gelobte Bayernland abwandern, dann sputet sich Johannes Rau, dem reichen Herrn auch diese Wünsche zu erfüllen.

Es ist das Wirken des „freien Unternehmertums", das Arbeitslosigkeit hervorbringt, Sozialabbau erfordert (um mehr Steuergelder als Zuschüsse erhalten zu können).

Die Unternehmer werden es schon richten?

Das ist die einhellige Politik von CDU und FDP. Sie sind Sprachrohr der Unternehmerforderungen. Sie gehen heute bis hin zu Entwürfen für ein Billiglohnland NRW, für gewerkschaftsfreie Zonen – das sind Unternehmerträume. Wenn die genug Profit machen, kommt alles ins Lot – seit Jahren erweist sich das Gegenteil.

Bollwerk NRW?

Nein, ein Bollwerk gegen die Wendepolitik war die NRW-Regierung nicht. Sozialpläne verhindern nicht den Abbau von Arbeitsplätzen, Privatunis sichern keine Chancengleichheit, Kabelprojekte sind kein Damm gegen Springer-Fernsehen, Technologieparks sind bestenfalls eine weitere Quelle für Großkonzerne.

Interessen der Unternehmer bestimmen die Politik – welche Möglichkeit, Einfluß zu nehmen, haben die arbeitenden Menschen? Auf ihre Interessen wird zumeist höchstens alle paar Jahre in Wahlreden Rücksicht genommen.

Nehmt sie beim Wort!

Wenn die Unternehmer jammern, bei so hohen Löhnen (und so weiter und so weiter – die Klageliste dieser Ärmsten ist unendlich) könnten sie kaum weitermachen – so sollte man sie beim Wort nehmen! Warum sie nicht enteignen? Weil es ohne sie nicht geht? Geht es denn mit ihnen? Mit einem Wirtschaftsplan, der – anders als in der DDR – durch eine breite Debatte in den Gewerkschaften, im Volk zustande kommt, könnten leicht Arbeitszeitverkürzung, Abschaffung von Akkord, gesunde und sinnvolle Arbeit für alle erreicht werden.

Sozialismus heißt Arbeitermacht!

Mit der direkten Wahl der politischen Vertreter, der Möglichkeit, sie jederzeit abzuwählen, Volksabstimmungen und anderen Maßnahmen, die mehr Demokratie bedeuten, die auf Grundlage der Enteignung des Kapitals eine andere, nämlich Arbeiterdemokratie bedeuten, steht die Frage der Arbeitermacht, wiederum anders als in der DDR, nicht im Sinne einer Parteiallmacht.

Konzerne und Banken sind es, die Arbeitslosigkeit schaffen und Sozialabbau fordern, die an der Rüstung verdienen. Ihre politischen Interessen bestimmen die Tätigkeit von CDU und FDP, die SPD ist kein Bollwerk dagegen, müht sich, gegensätzliche Interessen zu vereinen und kommt so zu einer Politik, die auch im Sinne der Kapitalisten ist.

O Ich möchte Informationsmaterial über die KPD
O Ich möchte zur Veranstaltungen eingeladen werden
O Ich möchte eine Probenummer der Wochenzeitung der KPD
O Ich möchte Mitglied der KPD werden
Einsenden an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Wählt KPD!

Macht Druck von links! KPD

V.i.S.d.P.: H. D. Koch, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103 Druck: Platzmann Druckerei, Dortmund